Einzelnummer 2 Mk.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 26.— Mk., vierteljährlich 75.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. – Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 8.— Mk., von auswärts 10.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 24.— Mk., von auswärts 30.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. – Postscheckkonto Danzig 2948. Expedition: Am Spendhaus 6. – Telephon 8300.

Nr. 191 | Mittwoch, den 16. August 1922 | 13. Jahrgang

Der Wettlauf mit dem Dollar

Seitdem die Anleiheverhandlungen in Paris gescheitert sind und besonders seit der Ermordung Rathenaus ist die Entwertung der Mark in rasendem Tempo fortgeschritten. Der Dollar, der noch Anfang Juni auf 270 bis 300 stand, ist in wenigen Wochen bis nahezu auf 900 gestiegen, als Poincaré eine Drohnote nach der anderen über die Grenze sandte. Als nun gar die Londoner Konferenz auseinanderfiel, stieg der Dollar auf über 1000. Vielleicht wird er in wenigen Tagen auf 2000 stehen. Niemand kann es wissen! Wann wird endlich der Sturz der Mark aufhören? Es gibt keine Grenze nach unten. Das zeigt uns das Beispiel der österreichischen Krone. Noch im vorigen Sommer konnte der Reichskanzler Wirth im Reichstag von einer Groschenmark reden. Heute ist die Mark, gemessen am Dollar, nur noch einen halben Pfennig wert. Wie ist ein derartiger Absturz möglich?

Es wäre richtiger, zu fragen, warum die Mark nicht schon längst viel tiefer gesunken ist. Im Ausland werden viel mehr Mark angeboten, als zu Zahlungen nach Deutschland gebraucht werden. Im Herbst vorigen Jahres wurde der Gesamtbestand der im Ausland schwimmenden Reichsbanknoten auf ca. 40 Milliarden und die Guthaben des Auslandes bei deutschen Banken gleichfalls auf 40 Milliarden Mark beziffert. Dazu kommt unsere trostlose passive Zahlungsbilanz, passiv infolge der großen Last der Wiedergutmachungs- und Ausgleichszahlungen, passiv aber auch, weil wir einen erheblichen Einfuhrüberschuß haben. Wäre nicht die Mark ein internationales Spekulationspapier, das im Ausland viele kaufen, nicht weil sie Zahlungen nach Deutschland zu leisten haben, sondern in der Hoffnung auf Gewinn bei etwaigem Steigen der Mark, so wäre die Mark schon längst viel mehr gefallen. Jedes außen- oder innerpolitische Ereignis, das Deutschland mit neuen Gefahren bedroht, ruft nur zu leicht eine Panik der Spekulanten im Ausland hervor. Viele suchen dann ihre Mark um jeden Preis los zu werden.

Ein Streik der internationalen Spekulanten gegen die Mark muß unsere Valuta ins Bodenlose sinken lassen. Bei jedem Marksturz werden in Deutschland von Fabrikanten, Händlern und Spekulanten Devisen gehamstert, weil man ein weiteres Steigen des Wechselkurses befürchtet, wodurch die Markentwertung noch mehr beschleunigt wird.

Mit rasender Schnelligkeit folgt jetzt, wo die Zwangswirtschaft fast restlos beseitigt ist, das inländische Preisniveau dem Steigen des Dollar. Gewiß, auch solange wir auf weiten Gebieten die Zwangswirtschaft hatten, konnte das inländische Preisniveau von einem Sinken der Valuta nicht unberührt bleiben. Aber die Entwicklung nach oben wurde dadurch stark verlangsamt, daß die Preise für die notwendigsten Lebensmittel für lange Zeit festgelegt waren, während sich heute auch die Preise vieler im Inland erzeugten Waren nach dem Weltmarktpreise richten und deshalb bei einem Steigen des Dollars sofort in die Höhe gehen.

Mancher, der früher sehr eifrig nach Beseitigung der Zwangswirtschaft rief, erklärt heute erstaunt: Ja, wenn wir das gewußt hätten! Ein Beweis, wie groß die Unkenntnis der Wirtschaftsgesetze nicht nur bei den Poincaré und Konsorten, sondern auch bei uns ist. Damals erscholl ja auch recht laut der Ruf: Heran an die Weltmarktpreise, damit der Ausländer nicht mehr zu billig bei uns einkaufen könne. Inzwischen haben wir nicht nur in Deutschland, sondern auch in Oesterreich erfahren, welche Gefahren die Ausgleichung an die Weltmarktpreise mit sich bringt, solange ein Land keine stabile Währung hat. Nicht nur, wenn die Valuta steigt, sondern auch schon dann, wenn sie nicht mehr fällt, ist die Gefahr nur zu groß, daß die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie vermindert wird. Als in Oesterreich vor einigen Wochen der Abstieg der Krone auch nur eine kurze Frist aufgehalten wurde, vermehrte sich sofort stark die Zahl der Arbeitslosen. Und als in den Frühjahrsmonaten dieses Jahres der Dollar sich längere Zeit auf 270 bis 300 hielt, klagten manche Industrien darüber, daß sie sogar in Deutschland von der ausländischen Konkurrenz unterboten würden.

Deutschland ist selbst schuld an der Entwertung seines Geldes, behauptet Poincaré, dessen Ehrgeiz es zu sein scheint, immer wieder zu zeigen, daß er die einfachsten Gesetze der Wirtschaft nicht verstehen will. Deutschland, so sagt er, hat seine Notenpresse zu viel arbeiten lassen. Dabei ist der Papiergeldumlauf seit April 1921 in Deutschland nur auf das Zweieinhalbfache, von 80 auf 200 Milliarden Mark, gestiegen, während der Dollarkurs in der gleichen Zeit sich mehr als verzwölffacht hat und das inländische Preisniveau in so starkem Maße in die Höhe gegangen ist. Poincaré will nicht sehen, daß bei steigender Geldentwertung die Ausgaben des Reichs für Personal- und Sachbedarf stark steigen müssen und die Vermehrung der Einnahmen damit selbst dann nicht Schritt halten kann, wenn der Steuereintreiber noch so energisch zupackt. Aber zur Bezahlung der Reparationsleistungen brauchen wir Devisen, und die bekommen wir durch inländische Steuern überhaupt nicht.

Freilich soll damit nicht behauptet werden, daß Deutschland am Sturz seiner Valuta unschuldig ist. Wir haben nicht genügend getan, um unsere Handelsbilanz durch die Verhinderung entbehrlicher Einfuhr zu entlasten. Die Zwangswirtschaft wurde vorzeitig abgebaut, und das hat dazu geführt, daß zu viel inländische Nahrungsmittel, für die wir Ersatz aus dem Ausland einführen mußten, verbraut, verbrannt und verfüttert wurden. Die Einfuhr von Kakaobohnen stieg von 525 000 Doppelzentner im letzten Vorkriegsjahr auf 1 270 000 Doppelzentner im letzten Steuerjahr. Unser Zigarettenverbrauch betrug im Jahre 1920/21 19,663 Milliarden Stück gegen etwa 18 Milliarden Stück im Jahre 1913. Von allen diesen Dingen redet freilich Poincaré nicht. Hat sich die Entente doch immer Mühe gegeben, die deutschen Maßnahmen zum Schutz gegen die unerwünschte Einfuhr zu sabotieren. Wenn es nach den Wünschen der Poincarés ginge, müßten wir gleichzeitig unsere ungeheuren Schulden bezahlen und außerdem noch mehr Luxuswaren kaufen als früher.

Abhilfe gegen das Valuta-Elend kann uns nur eine vernünftige Neuregelung der Wiedergutmachung bringen, die es Deutschland ermöglichen würde, im Ausland eine Anleihe aufzunehmen. Aber auch dann, wenn auf diese Weise für uns bedeutende Erleichterungen geschaffen würden, wären wir noch nicht über den Berg. Eine vernünftige Wirtschaftspolitik müßte dazu kommen, die planmäßig auf eine günstigere Gestaltung unserer Handelsbilanz hinarbeitet. Es ist Zeit, daß das deutsche Volk und seine Regierung einsieht, daß so wie bisher nicht weiter gewirtschaftet werden darf.

Teuerungsaktion der Gewerkschaften

Die Spitzenverbände der Arbeitnehmerorganisationen haben in den letzten Tagen über die durch den Marksturz hervorgerufene Wirtschaftslage beraten. Die „Vossische Zeitung“ hört, daß die Arbeitnehmervertreter heute mit dem Reichswirtschaftsminister Schmidt die Lage erörtern und daran anschließend Beschlüsse fassen wollen, die der Reichsregierung vorgelegt werden sollen. Die Spitzenverbände wollen der Regierung Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung vorschlagen, die auf eine Einschränkung der freien Wirtschaft und teilweise Rückkehr zur Zwangsbewirtschaftung, vor allem aber zu einer Drosselung der Einfuhr führen sollen.

Die Reichsregierung hat sich mit diesen Erwägungen bereits beschäftigt und sucht auch von sich aus nach Mitteln und Wegen, um vor allem der wucherischen Ausbeutung der Markentwertung einen Riegel vorzuschieben. Ferner galten die Beratungen des Kabinetts der Tatsache, daß das Gleichgewicht des Budgets der Staatsbetriebe durch die Markentwertung schon wieder zerstört ist und daß neue große Forderungen der Staatsangestellten bevorstehen, denen man angesichts der ungeheuren Teuerung die Berechtigung nicht absprechen könne.

Reaktionärer Wahlterror in Polen.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Wahlen in Polen diesmal einen ungewöhnlich heftigen Charakter annehmen werden. Es handelt sich ja dabei um die Einstellung der gesamten polnischen Politik, um einen Sieg der Rechtsparteien mit Korfanty oder der Linksparteien mit Pilsudski.

„Kurjer Polski“ warnt in einem Artikel davor, den italienischen Faszismus nach Polen zu verpflanzen. Die Parole eines Bürgerkrieges in Polen sei nicht nur Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl, sondern ein Mangel politischer Zurechnungsfähigkeit.

Der sozialistische „Robotnik“ berichtet über ein erstes Anzeichen dieser Bürgerkriegsstimmung, einen Angriff auf den sozialistischen Abgeordneten Hokowko in Mlawa. H. wäre schon bei seiner Ankunft in Mlawa gewarnt worden. Die Versammlung dort habe dann einen sehr stürmischen Verlauf genommen und ihm sei schließlich der Rat gegeben worden, sich so schnell wie möglich zurückzuziehen. Um unliebsame Zwischenfälle zu vermeiden, habe er das getan, sei jedoch auf dem Wege zum Bahnhof von einer Menge, unter Führung des Magistratssekretärs Ossowski, tätlich angegriffen worden, wogegen ihm auch die Polizei keinen Schutz gewährte. Er wurde geschlagen und schließlich mit Steinwürfen bis zum Bahnhof getrieben.

Die Hoffnung auf eine neue Konferenz.

Die belgischen Minister Jaspar und Themis erklärten nach ihrer Rückkehr von der Londoner Konferenz: Wir sind enttäuscht. Wir hofften, daß diese Konferenz zu einem Ergebnis führen und den Fragen auf den Grund gehen würde, nicht nur der Frage der wirtschaftlichen und finanziellen Kraft Deutschlands, sondern auch der Frage der interalliierten Schulden. Die Welt leidet unter dem Eindruck der Ungewißheit, in der sie lebt. Die Balfour-Note stellte den Grundsatz der unausbleiblichen Notwendigkeit der Regelung unter den Alliierten auf, und Belgien, das die wirtschaftliche Lage genau kennt, hat das Bedürfnis, den Horizont von den drohenden Wolken zu befreien, die einem Anleiheplan den Weg versperren. Sobald Deutschland wieder zu Atem gekommen sein wird, wird es wirkliche Zahlungsfähigkeit besitzen. Das gibt einer Anleihe gediegene Durchführungsmöglichkeiten. Darauf müssen wir jetzt unsere Anstrengungen richten.

Der Finanzredakteur des „Evening Standard“ schreibt: Der neue Sturz der Mark auf 4600 Mk. für ein Pfund Sterling sei natürlich auf das Auseinandergehen der Reparationskonferenz zurückzuführen. In diesem Zusammenhang müsse jedoch darauf hingewiesen werden, daß kein tatsächlicher Bruch erfolgt sei und daß die Auffassung besteht, die Verhandlungen würden mit mehr Aussicht auf Erfolg zu einem verhältnismäßig baldigen Zeitpunkt wieder aufgenommen werden.

*

Neue Vermittlungspläne.

Der Sonderberichterstatter des „Matin“, der sich noch in London aufhält, spricht davon, daß man im allgemeinen nicht glaube, daß Frankreich einen energischen Akt militärischer Art einleiten und sich von allen seinen Alliierten trennen werde, da man fest davon überzeugt sei, daß es hierbei keine wahren Vorteile finden werde. Ueber zwei vermittelnde Lösungen werde gesprochen. Die erste besteht darin, daß Frankreich nach Paris eine Konferenz aller Signatarmächte des Friedensvertrages von Versailles einberufen werde, die an der Reparationsfrage interessiert seien, um sich mit ihnen über die Gesamtheit des Problems auszusprechen, bevor es bräche. Die zweite Lösung schreibe man Belgien zu. Hier handelt es sich um besondere großzügige Absichten. Man glaube, daß vielleicht das belgische Kabinett auf die drei kommenden Zahlungen Deutschlands, die ganz Belgien zufallen sollten, verzichtet und sie auf später vertagt, so daß der Augenblick, in dem Frankreich von den Barzahlungen etwas erhalte, durch die Bewilligung eines dreimonatigen Moratoriums nicht hinausgeschoben würde. Man glaubt in Paris, daß in diesem Falle die französische Regierung für diesen Zeitabschnitt auf die produktiven Pfänder, die es in London verlangt habe, verzichten werde.

*

Ministerberatungen in Frankreich.

Der für heute angesetzte Ministerrat wird unter dem Vorsitz von Millerand in Rambouillet stattfinden. Er wird den Bericht Poincarés über die Londoner Verhandlungen entgegennehmen, die durch den negativen Ausgang der Beratungen geschaffene Lage prüfen und darüber beraten, ob gegebenenfalls das Parlament einberufen werden soll.

Nach einer Havasmeldung verlautet, daß Marschall Foch und General Degoutte ersucht wurden, sich nach Rambouillet zu begeben, um sich zur Verfügung des morgen stattfindenden Ministerrats zu halten.

Wie Havas meldet, sprach Poincaré am Schluß seiner Erklärungen vor den Vertretern der Presse seine Ueberzeugung dahin aus, daß, wenn in der Reparationsfrage ein Uebereinkommen, bei dem Frankreich gerechterweise eine beherrschende Stimme haben sollte, da seine Forderung mehr als die Hälfte der Gesamtschuld darstelle, nicht zu erzielen sei, man es wohl natürlich finden werde, daß Frankreich den Versuch mache, seine Finanzen zu retten und sich vor dem Ruin zu bewahren.

Die Weisen von Zion.

Deutschnationale gegen Ludendorff.

Ludendorff hat in dem dritten Band seiner Kriegserinnerungen die Schuld an dem verlorenen Krieg auf alle möglichen Nichtgenerälle, ganz besonders auf die Juden abgeschoben. Er hat zu diesem Zweck den blödesten Unsinn abgeschrieben, der in antisemitischen Schriften angehäuft ist, und hat unter diesen ein Buch besonders erwähnt, das er zu den Veröffentlichungen rechnet, „die die Stellung des jüdischen Volkes klarer beleuchten." Dieses Buch heißt „Die Geheimnisse der Weisen von Zion" von Gottfried zur Beek und war im Jahre 1921 in Charlottenburg in 6. Auflage erschienen.

In Stresemanns „Deutschen Stimmen" gibt nun Dr. Rudolf Schneider eine Analyse dieses kostbaren Werks. Es gibt sich als ein Geheimbericht vom Baseler Zionistenkongreß von 1897, den sich „ein Späher der russischen Regierung" verschaffte, indem er „einen Juden bestach". Das Ganze mache den Eindruck, als ob es „von einem sehr ungebildeten Geisteskranken verfaßt" sei. Z. B. werden einem „Weisen von Zion" folgende Worte in den Mund gelegt:

Sie könnten einwenden, daß die Nichtjuden voller Erbitterung mit den Waffen in der Hand über uns herfallen werden, sobald sie vor der Zeit entdecken, wie alles zusammenhängt. Für diesen Fall haben wir nur ein letztes, furchtbares Mittel in der Hand, vor dem selbst die tapfersten Herzen erzittern sollen. Bald werden alle Hauptstädte der Welt von Stollen der Untergrundbahnen durchzogen sein. Von diesen Stollen aus werden wir im Falle der Gefahr für uns die ganzen Städte mit den Staatsleitungen, Aemtern, Urkundensammlungen und den Nichtjuden mit ihrem Hab und Gut in die Luft sprengen.

An einer anderen Stelle des Buches werden die steinernen Köpfe, die das Haus der Familie Rathenau in der Viktoriastraße schmücken, als abgeschnittene Hohenzollernköpfe gedeutet, und dazu wird bemerkt:

Wir ließen einen Lichtabdruck davon anfertigen, um diese Ungeheuerlichkeit urkundlich festzulegen. Wie oft mag unser argloser Kaiser die Schwelle dieses Hauses überschritten haben, ohne zu ahnen, welche frommen Wünsche der Mann, den er Freund nannte, für die Zukunft des Hohenzollernhauses hegte.

Daß ein solches Opus, an dem gemessen ein ägyptisches Traumbuch noch als wissenschaftliches Meisterwerk erscheint, in Deutschland mehrere Auflagen erleben konnte, muß geradezu Entsetzen erregen. Das sind herrliche Resultate unserer vielgerühmten Schulbildung! Aber daß Herr Ludendorff zu solchen Beweismitteln greift, um seine Unschuld an der Katastrophe zu erhärten, ist weiter nicht verwunderlich und der geistigen Höhe, die z. B. aus seinem Hoffmann-Brief an Sontag spricht, vollkommen angemessen.

Bemerkenswert ist nur, daß der deutschnationale „Tag" des Herrn Hugenberg diese Blamage benützt, um zum offenen Angriff auf Ludendorff überzugehen. Er schreibt:

Ludendorff hatte in seinem dritten Band über das Buch u. a. gesagt, es mehrten sich in der letzten Zeit die Veröffentlichungen, welche die Stellung des jüdischen Volkes klarer beleuchten. Dr. Rudolf Schneider gibt nun in seinem Aufsatz einen Einblick in den Geist dieses Buches. Was er dort aus ihm zitiert, ist für die Beurteilung unseres öffentlichen Lebens so charakteristisch, daß wir glauben, an dieser Veröffentlichung Schneiders nicht vorübergehen zu dürfen. Im Interesse der Gesundung unserer innerpolitischen Verhältnisse erscheint es dringend notwendig, daß solchen Auswüchsen politischen und religiösen Hasses entgegengetreten wird.

Nachdem der „Tag" schon zuvor Ludendorff wegen seines Briefwechsels mit Sontag öffentlich gerüffelt, erteilt er ihm jetzt diese vernichtende Abfuhr. Die ganze Veröffentlichung ist als ein Teil der Aktion zu verstehen, die vom gemäßigteren Flügel der Deutschnationalen gegen die „Völkischen" unternommen wird. Dabei kann der Kopf des Wurms eben auch nicht verschont werden, wenn auch darüber deutschnationale Legenden zerstört werden müssen. Im Lager der Rechten ist die Götzendämmerung eingetreten!

Sozialistische Einigung in Polen.

Wie aus Czenstochau berichtet wird, hat dort eine sozialistische Einigungskonferenz stattgefunden, in der beschlossen wurde, die jüdisch sozialistische Partei „Vereinigte" zu liquidieren und sich mit der „Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Polens" zu verschmelzen. Die „Vereinigte" soll in Zukunft in der USP. Polens eine jüdische Sektion bilden, jedoch organisatorisch straffer mit der USP. verbunden sein. Unser Bromberger Bruderblatt, „Die Volkszeitung", berichtet darüber, daß die Selbständigkeit beider Parteien in keiner Weise beeinträchtigt werden soll, bis die Parteitage Stellung genommen haben, daß aber andererseits in der Presse, in Versammlungen und in den öffentlichen Vertretungskörperschaften alles vermieden werden soll, was der Einigung Hindernisse bereiten könnte. Man verständigte sich über die Notwendigkeit, vor den beiderseitigen Parteitagen Beratungen über die programmatischen und organisatorischen Fragen stattfinden zu lassen.

Autonomiepläne für Ostgalizien.

Am 17. August treten die Sejmausschüsse für Verfassungsfragen und für Auswärtiges zusammen, um über das Autonomieprojekt für Ostgalizien zu beraten, das vom Kabinett Nowak ausgearbeitet worden ist. Auf der Grundlage dieses Projektes wird der Außenminister Narutowicz demnächst auf seiner Auslandsreise mit der Entente verhandeln. Die polnische Regierung will dadurch den besonders von englischer Seite ausgehenden Widerstand der Ententemächte gegen die Ausdehnung der polnischen Sejmwahlen auf Ostgalizien beseitigen.

Ueber die Einzelheiten des Projektes weiß zunächst nur der „Kurjer Warszawski" zu berichten. Danach ist in Ostgalizien ein Wojwodschaftsrat mit einer polnischen und einer ukrainischen Sektion vorgesehen, die über die Angelegenheiten des Gesamtgebietes gemeinsam und über die Sonderangelegenheiten der beiden Nationalitäten getrennt entscheiden sollen. Die griechisch-katholische unierte Kirche soll der römisch-katholischen Kirche in Ostgalizien gleichgestellt und eine besondere ukrainische Abteilung beim polnischen Unterrichtsministerium gebildet werden.

Polen und die deutsche Valuta.

„Gazeta Warszawska" beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit der Frage der Bezahlung für den deutschen Transitverkehr durch den Korridor. Das Blatt behauptet, Deutschland verzögere die Bezahlung, und daher verlöre der polnische Staat infolge des Sinkens der deutschen Valuta mehrere Milliarden polnischer Mark. Es wäre notwendig, um dem aus dem Wege zu gehen, daß die Preise für die Beförderung polnischer Waren auf deutschen Linien Oberschlesiens und Ostpreußens von Dt.-Eylau bis Dirschau sowie von Grajewo bis Königsberg mit den Preisen für die Beförderung deutscher Waren durch den Korridor gleichgestellt würden. Die polnische Regierung soll in dieser Hinsicht bereits Schritte getan haben.

„Przeglad Wieczorny" gibt einen Ueberblick über die bisherige Entwicklung des polnischen Staates und betont zum Schluß, daß trotz Oberschlesien, trotz des Steigens der landwirtschaftlichen Produktion, trotz der Besserung des Verkehrswesens und der Entwickelung des Handels die polnische Valuta ständig gesunken wäre. Das Blatt sieht die Ursache darin, daß die polnische Mark von der deutschen Mark abhängig sei, und daher sei keine Hilfe abzusehen.

Erneuerung der Beamtenschaft in Thüringen

Vom Thüringer Ministerium in Weimar sind eine große Anzahl Beamten im Justiz- und Verwaltungsdienst sowie Lehrer nach Vollendung ihres 40. Dienstjahres unter Anerkennung ihrer dem Staate geleisteten Dienste zum 1. Oktober in den Ruhestand versetzt worden. Der thüringische Staat steht auf dem Standpunkt, daß einem Beamten, der 40 Jahre tätig gewesen ist, in seinem eigenen sowie im Interesse des Staates die Ruhestellung zu gewähren ist. Die Mehraufwendung für Pensionierungen wird durch das Einsetzen junger frischer Arbeitskräfte für den Staat wieder ausgeglichen.

Angeblicher Landesverrat eines Abgeordneten.

Nach einem Drahtbericht des „Tag" aus Stuttgart wurde der unabhängige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Emil Schuler, Redakteur des „Sozialist", auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wegen Landesverrats und des Verrats militärischer Geheimnisse verhaftet. Der Landesverrat wird in einem kürzlich im „Sozialist" erschienenen Artikel „Waffenfunde und Arbeiterschaft" erblickt. Dem Hinweis auf seine Abgeordnetenschaft wurde mit der Bemerkung begegnet, daß es sich um ein Ertappen auf frischer Tat handelt.

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale.

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale soll am 7. November d. Js. in Petersburg zusammentreten. Gleichzeitig findet in Moskau der 3. Kongreß der Roten Jugend-Internationale statt.

Mißstände im polnischen Eisenbahnverkehr. Das „Berl. Tageblatt" meldet aus Breslau, in Polnisch-Oberschlesien wachsen mit jedem Tag die Stockungen im Eisenbahnverkehr. Um den Unregelmäßigkeiten im Zugverkehr zwischen Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien einigermaßen abzuhelfen, sollen vom 1. September ab die Züge aus Deutschland mit deutschen Lokomotiven bis nach Kattowitz durchgeführt und eine Anzahl deutscher Eisenbahnarbeiter in Kattowitz stationiert werden.

Die Esperanto-Konferenz in Helsingfors wurde gestern beendet. Die Einladung, die nächste Konferenz in Nürnberg abzuhalten, wurde mit lebhaftem Beifall angenommen.

Abrüstung . . . Die britische Admiralität hat eine neue Liste der Kriegsflotten der Länder von Bedeutung herausgegeben. Danach haben:

	Brit. Reich	Verein. Staat.	Japan	Frankreich	Italien	Deutschland
Schlachtschiffe	18(—)	18(2)	—(—)	10(—)	12(—)	8(—)
Schlachtkreuzer	4(—)	—(2)	4(—)	—(—)	—(—)	—(—)
Kreuzer	8(—)	10(—)	—(—)	7(—)	4(—)	—(—)
Leichte Kreuzer	51(8)	9(10)	12(13)	5(8)	10(—)	—(1)
Monitore usw.	5(—)	—(—)	5(—)	—(—)	8(—)	—(—)
Flugzeugträger	4(2)	1(3)	1(2)	—(1)	—(—)	—(—)
Flottillenführer	16(2)	—(—)	—(—)	1(6)	8(8)	—(—)
Zerstörer	184(6)	315(8)	58(28)	58(12)	58(7)	16(—)
Torpedoboote	68(—)	—(—)	—(—)	—(—)	78(4)	16(—)
Unterseeboote	28(8)	102(36)	24(31)	50(12)	48(4)	—(—)
Schaluppen	80(—)	—(—)	—(—)	8(—)	—(—)	—(—)
Kanonenboote und Depeschenfahrzeuge	—(—)	4(1)	4(—)	60(8)	1(6)	—(—)
Flußkanonenboote	17(—)	2(—)	3(5)	8(2)	4(—)	—(—)

Die gemäß dem Abkommen zu Washington auszurangierenden Fahrzeuge sind in den obigen Zahlen nicht enthalten, ebenso nicht die veralteten, die doch in allernächster Zeit zum alten Eisen kommen. Die eingeklammerten Zahlen sind im Bau befindliche, in den anderen nicht enthaltene Zahlen. Es ist interessant, die Zahlen der einzelnen Schiffsklassen miteinander zu vergleichen bei den einzelnen Flotten, wie zum Beispiel Kanonen- und Torpedoboote gegenüber Zerstörern und U-Booten aus gespielt haben.

Ein Reichsflaggenschänder. Auf Sylt holte ein zur Kur weilender Auslandsdeutscher am Strande mehrere schwarz-rot-goldene Flaggen herunter und zerriß sie. Nachdem andere Kurgäste 2000 Mark Belohnung für die Ermittelung des Täters ausgesetzt hatten und dieser festgestellt war, verfügte der Reichsanwalt, da eine Verhaftung durch die Westerländer Behörde nicht erfolgte, sofortige Verhaftung des Auslandsdeutschen oder Sicherstellung von 50 000 Mk. Diese Summe ist hinterlegt worden, während das Strafverfahren weitergeht.

Die Fahne der Hakenkreuzler. In München wurde eine der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei gehörige rote Fahne mit einem Hakenkreuz aus deren Bureau von unbekannten Tätern gestohlen.

Der vergeßliche Kronprinz.

Ein übersehenes Kapitel aus „Seinen" Erinnerungen.

Zu der Hohenzollernverhimmelung, in der gewisse Kreise heute mehr als je schwelgen, gehört auch das Gerede von dem vorbildlichen Familienleben", das in diesem Fürstengeschlecht traditionell sein soll. Deshalb hat es auch der frühere Kronprinz für nützlich gehalten, in seinem Buche, das ihn als den berufenen Retter des Vaterlandes anpreisen soll, von seiner glücklichen Ehe zu erzählen. Wie das mit der dauernden Trennung der beiden Gatten in Einklang zu bringen ist, kein Mensch würde der „hohen Frau" das verwehren, was unter dem Sozialistengesetz sehr viele Frauen der Verbannten getan haben, die dem Manne ins Exil folgten, erfährt der Leser nicht. Die einigermaßen Unterrichteten bedürfen allerdings keiner Aufklärung darüber. Sie wissen, daß die „glückliche Ehe" eine der [illegible] Schwindeleien des auf den Geschmack des [illegible] zugeschnittenen Buches ist, denn die kronprinzliche Ehe war innerlich längst aufgelöst, weil der Herr Gemahl [illegible] gelöbnis so hielt, „wie er es auffaßte" und diese Auffassung und deren praktische Durchführung schließlich auch der Kronprinzessin zur Kenntnis kam.

Aber das wäre schließlich die Privatangelegenheit der beiden Leute, und wir wären die letzten, die diese Angelegenheit berührten, wenn wir nicht genaue Kenntnis von einer Liebesaffäre des tüchtigen Herrn hätten, die wegen ihrer Begleitumstände denn doch die Allgemeinheit [illegible] und ihn übrigens besser charakterisiert als alle andere, was bisher über ihn bekannt geworden ist.

Also: es war kurz vor Ausbruch der „großen Zeit" — da erschien bei dem damaligen Polizeipräsidenten von Jagow der Adjutant des Kronprinzen und brachte folgendes vor:

Sein hoher Herr habe ein Liebesverhältnis mit einer Probiermamsell unterhalten und dem Mädchen während dieser Zeit eine Anzahl Briefe geschrieben. Briefe höchst seltsamen Inhalts. In diesen [illegible] der Erbe der [illegible] Kaiserkrone, Ehemann und mehrfacher Familien[illegible] in groteske[illegible] Weise die [illegible] intimen Verkehr[illegible] Geliebten schwarz auf weiß niedergelegt. [illegible] Empfängerin, selbst ziemlich beschränkt, sei von dritter Seite auf den „Wert" dieser Briefe aufmerksam gemacht worden und es drohe ein furchtbarer, die Ehrfurcht des braven Volkes vor dem Throne schwer erschütternder Skandal, wenn nicht schleunigst etwas geschehe!

Der Herr Adjutant hatte auch das Rezept schon mitgebracht. Die Polizei sollte dem Frauenzimmer die Briefe abnehmen und ihm gehörig den Kopf zurechtsetzen. Aber zum großen Erstaunen des Herrn Adjutanten reagierte Polizeipräsident von Jagow[illegible]. Sei es, daß er fürchtete, möglicherweise in eine schiefe Lage zum Kaiser zu kommen, der selbstverständlich nichts erfahren sollte, sei es, daß ihm die Sache zu sehr stank, — kurz: der Polizeigewaltige lehnte jenes Ansinnen höflich, aber bestimmt ab.

Der hohe Pornograph war natürlich über die Botschaft, die sein Vertrauter vom Alexanderplatz mitbrachte, sehr verdrießlich, schöpfte aber wieder Mut, als ihm ein anderer Herr seiner Umgebung auf den Chef der Kriminalpolizei aufmerksam machte, der vielleicht weniger bedenklich sein werde. Der [illegible] recht. Dieser Beamte fühlte sich hochbeglückt über die [illegible] zugedachte Ehre, allerhöchsten Dreck beiseite schaffen zu dürfen, und er versprach, alle Kriminalistenkunst zur Erreichung des edlen Zieles aufzubieten. Er übertrug die Angelegenheit dem Kriminalkommissar K., und nach langen Beratungen zwischen dem kronprinzlichen Adjutanten, dem Kriminalpolizeichef und dem Kommissar wurde folgender Operationsplan ausgeführt.

Die Frau des Kriminalkommissars knüpfte mit der Geliebten des Kronprinzen Bekanntschaft an, die bald in eine so innige Freundschaft überging, daß das Mädchen ein Zimmer der Wohnung des Kommissars bezog. Hier wurde eines [illegible] veranstaltet, bei der nur die Frau Kriminalkommissar nüchtern blieb und die der Hauptteilnehmerin am andern Morgen außer einem schweren Kater die Entdeckung brachte, daß die kronprinzlichen Briefe aus ihrer Handtasche, wo sie sie am sichersten geglaubt hatte, verschwunden waren! Sie landeten natürlich im Kronprinzenpalais, wo sie der Verfasser [illegible] mit dem er sie geschrieben hatte, verbrannte. Auch für die anderen Personen der Komödie war der Abschluß sehr befriedigend: Das Liebchen erhielt eine Monatsrente von 300 Mark ausgesetzt, die Frau Kriminalkommissar bekam eine Brosche und die beiden tüchtigen Beamten erhielten jeder einen Orden, der, wie wir auf Grund genauester Information versichern können, die Inschrift „non olet" nicht trägt.

Wie sich die Kostendeckung geregelt hat, das ließ sich nicht genau feststellen. Wir wissen daher nicht, ob die nicht geringen Summen, die die Regelung dieser Affäre erfordert, aus der kronprinzlichen Privatschatulle, oder aber, wie beinahe zu befürchten ist, aus öffentlichen Mitteln entnommen wurden. . . . .

Die Ehebrecherei ist hier ein ganz nebensächliches Moment (König Eduard war auch das Gegenteil eines Tugendbolds, und doch ist sein Land nicht schlecht mit ihm gefahren), von Bedeutung ist einzig und allein die ungeheuerliche Dummheit, die der Kronprinz in dieser Angelegenheit an den Tag gelegt hat.

Wer in seinem Privatleben so aller Einsicht und Vernunft bar ist — — — — — — — —

Der Stenographenbund „Stolze-Schrey" begeht die Feier des 25jährigen Bestehens der von ihm vertretenen Kurzschrift durch Abhaltung eines Stenographentages, der vom 17. bis 21. August in Eisenach stattfinden wird und zu dem bereits über 1000 Teilnehmer angemeldet sind. Der Festsitzung geht ein Wettschreiben in deutscher Kurzschrift und in den Uebertragungen in die englische, französische, spanische und italienische Sprache, sowie in Esperanto voraus.

Zwei neue Sonnen, die 52 Trillionen Meilen von der Erde entfernt sind, wurden nach einem Bericht des Toronto-Globe von dem Direktor des Astrophysikalischen Observatoriums zu Vancouver in Britisch-Kolumbien, Dr. J. S. Plaskett, entdeckt. Die Sonnen, die nach ihrem Entdecker den Namen Plaskett erhielten, wurden mit dem 72zölligen Riesenfernrohr des Observatoriums gefunden. Die Sonnen besitzen eine schätzungsweise Hitze von 300 000 Grad Fahrenheit und drehen sich umeinander. Eine von ihnen, die massivere, soll 75 mal so groß sein wie unsere Sonne und 10 000 mal so hell.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 191 | Mittwoch, den 16. August 1922 | 13. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Der Funktionär.

„Funktionär" in der Arbeiterbewegung. Das Wort sagt nicht viel; lange nicht genug, um das Wesen des Funktionärs einigermaßen richtig erkennen zu lassen. Und doch hat für denjenigen, der seit Jahren ein aufmerksamer Mitarbeiter in Partei und Gewerkschaft ist, dieses Wort einen hohen Klang und eine tiefe Bedeutung.

Weißt du, was ein Funktionär in der Arbeiterbewegung ist? Kennst du die Arbeitsbrüder und Arbeitsschwestern, die sich selbstlos in den Dienst einer großen Sache gestellt haben? Hast du schon einmal über ihre tausendfältige, mühselige Arbeit zum Wohle anderer nachgedacht?

Die moderne Arbeiterbewegung hat ein Heer von weiblichen und männlichen Funktionären. Was im Militarismus die Unteroffiziere waren, das sind freilich in ungleich besserer Bedeutung, diese Frauen und Männer in dem großen Kampf der Arbeiter. Es sind Genossen und Genossinnen, die von der hohen Idee des Sozialismus angespornt, täglich, ja stündlich bereit sein müssen, einzutreten, wo es Arbeit und Kampf gibt. Sie sind in Wirklichkeit die starken Träger unserer Organisation, die Wegbereiter zu stetem Aufstieg und Fortschritt. Als Flugblattverteiler, Hauskassierer, Gruppenleiter, als Vertreter bei wichtigen Sitzungen und Beratungen usw. müssen sie in unermüdlicher Arbeit Künder des Sozialismus sein. Da gilt es, den Säumigen zu mahnen, den Lauen anzuspornen, den Wankelmütigen aufzurichten. Und das alles nie zum eigenen Wohle, sondern stets für die Gesamtheit der arbeitenden Klasse. Und diese arbeitenden Männer und Frauen, die sich über ihre werktätige Arbeitszeit hinaus so unverdrießlich der vielgestaltigen hochwichtigen Kleinarbeit unterziehen, fragen nicht nach Dank. Ihnen ist es Dank, wenn sie sich mitfreuen können an den Erfolgen der sozialistischen Kulturarbeit, wenn sie neue Kämpfer für den Sozialismus gewinnen.

Sollten wir deshalb da nicht alles tun, um ihnen ihre Arbeit zu erleichtern? Wir können es, wenn wir wollen. Wir müssen alle Mitkämpfer werden und ebenso emsig werben für Gewerkschaften, Partei und unsere Presse!

Danzigs Holzhandel und Industrie.

Im Danziger Außenhandel nimmt der Handel mit Holz eine hervorragende Stellung ein. Er trägt nicht unerheblich dazu bei, durch seine Reingewinne die Zahlungsbilanz des Freistaats gegenüber dem Auslande zu bessern. Die Wälder in Pommerellen, Kongreßpolen und Galizien liefern für den Danziger Außenhandel Nutzholz, das auf der Weichsel in Flößen und auf Weichselkähnen, sowie mit der Bahn nach Danzig geschafft wird. Nur ein geringer Teil davon bleibt im Freistaat und bildet einen Zuschuß zu der Nutzholzerzeugung der Danziger Forsten. 90 bis 95 Prozent gehen als Eisenbahnschwellen, als Grubenholz, als Bretter, Kantholz und Balken nach Deutschland, England Dänemark, Belgien, Frankreich, Spanien. Privatwaldflächen werden oft zur Abholzung übernommen. Der Holzkaufmann läßt dann selbst das Fällen, das Aufspalten des Nutzholzes und die Abfuhr aus dem Walde nach den Transportstellen besorgen. Zum Teil wird das Rundholz dort in Sägemühlen verarbeitet und in diesm Zustande nach Danzig befördert, zum Teil kommt es als Rundholz hierher. In Kongreßpolen sind durch die deutsche Verwaltung während des Krieges viele Sägemühlen errichtet worden, die jetzt Holz verarbeiten, das früher als Rundholz hertransportiert wurde. Etwa 90 Prozent des Rundholzes kommt auf der Weichsel als Flößholz oder mit Weichselkähnen nach Danzig. Der größte Teil des Holzes ist Kiefern, im übrigen Eichen. Das Holz wird in der Regel im Winter gefällt. Die Sommerfällung ist ungewöhnlich und ungünstig, weil dann der aufsteigende Saft im Splintholz stehen bleibt und zersetzend wirkt. Für dies Sommerholz ist es besser, wenn es als Flößholz transportiert wird, da das Wasser den Holzsaft auslaugt. Im allgemeinen wird sonst als Bauholz das Landholz vorgezogen, weil das Wasserholz aus den Kiefern das Harz auslaugt. Für Möbel jedoch zieht man das Wasserholz vor.

In Danzig wird das Holz nach Länge und Stärke gebrauchsfertig hergestellt, braklert und ins Ausland versandt. Nach Deutschland erfolgt die Versendung mit der Bahn und ausnahmsweise auch mit Dampfer, nach dem übrigen Auslande nur mit Dampfer von Neufahrwasser aus. An Brettern wird nach Deutschland unbesäumte Ware, nach England und Frankreich besäumte Ware versandt. Starke Balken für Hafenbauten und Marinezwecke gehen nach Dänemark und England, eichene Schwellen und Grubenholz nach Belgien, kieferne Schwellen nach Dänemark, Frankreich und England. An diesem Holzhandel und dieser Holzindustrie haben die hiesigen Sägemühlen einen erheblichen Anteil. Man unterscheidet Produktion und Umschlag von Holz. Der Durchgangshandel in Holz vermittelt fast nur das Holz aus Polen in das übrige Ausland, ohne es in Danzig auf Lager zu nehmen. Im übrigen wird es hier auch auf eigene Rechnung gekauft, in Danzig auf Lager genommen und dann ins Ausland versandt.

Eine sozialdemokratische Frauenversammlung

findet am Mittwoch, den 16. August, abends 7 Uhr in der Aula Heilige Geistgasse 111 statt.

Volkstagsabgeordneter Gen. Beyer spricht über

Religiöse Kindererziehung.

Anschließend Aussprache.

Die Parteigenossinnen sowie weibliche Angehörige der Parteimitglieder werden zum vollzähligen Besuch dieses wichtigen Vortrages ersucht. Gäste können eingeführt werden.

Eine Steuermahnung veröffentlicht die städtische Steuerkasse im Anzeigenteil, und zwar sollen die Steuern für das 2. Quartal (Juli—September) bis zum 19. August entrichtet werden, andernfalls kostenpflichtige Beitreibung angekündigt wird.

Margarine steigt weiter. Die Butter der armen Leute wird mehr und mehr zum Luxusartikel. Preise, wie sie vor kurzem noch bei der Butter Staunen erregten, werden jetzt auch für Margarine zur Selbstverständlichkeit. So kostet jetzt nach einer neuerlichen Preiserhöhung der niederrheinischen Fabriken um 15 Mark Margarine geringster Sorte 105, solche bester Sorte 125 Mark je Pfund.

Ein unheimlicher Fund. Gestern vormittag wurde am Fischmarkt ein männliches Bein angeschwemmt, das etwa in der Mitte des Oberschenkels vom Körper abgetrennt war. Es war mit schwarzem Strumpf mit handbreiter grauer Kante und Schuh bekleidet. Beamte der Hafenpolizei veranlaßten die Ueberführung des Fundes nach dem Leichenschauhause auf dem Bleihof.

Zoppot. Schwer verunglückt ist auf dem hiesigen Bahnhof der Rangierarbeiter Domke beim Rangieren. Der Verunglückte, der starke Quetschungen des Unterleibes erlitten hatte, wurde in eine Privatklinik transportiert. Sein Zustand ist bedenklich.

Das Wohnungselend.

Bei allen Betrachtungen die noch auf lange Zeit über die Wohnungsnot und ihre Behebung angestellt werden dürfen, werden gar zu leicht die Kernfragen dieses Problems übersehen. In dieser Hinsicht verdient folgender Aufsatz des preußischen Staatsministers a. D. Paul Hirsch, den wir der von Parvus herausgegebenen Zeitschrift für Weltwirtschaft: „Der Wiederaufbau" entnehmen, trotz seiner auf Deutschland zugeschnittenen Ausführungen auch für Danzig Interesse:

Von den Nachwirkungen des Krieges ist bei weitem die schlimmste die Wohnungsnot, die einen nie geahnten Umfang angenommen hat. Geht man den Dingen auf den Grund und prüft man objektiv die Ursachen, so wird man zu dem Ergebnis kommen, daß, abgesehen von der Niederlage Deutschlands, die Schuld die Regierungs- und Verwaltungsbehörden des zusammengebrochenen Reiches trifft, die allen Warnungen zum Trotz der Wohnungsfrage nicht die genügende Aufmerksamkeit gewidmet haben.

An statistischen Erhebungen aller Art hat man es nicht fehlen lassen, aber man hat aus den Zahlen nicht die erforderlichen Schlüsse gezogen. Wenn im Jahre 1919 bereits ein Viertel des deutschen Volkes in Großstädten wohnte, und wenn in den letzten Jahren vor dem Kriege jährlich rund 400 000 Deutsche aus ländlichen Bezirken in Städte und Industriebezirke abgewandert sind, so hätten Reich, Stadt und Gemeinden aus diesen Tatsachen die ganz selbstverständliche Pflicht herleiten müssen, der dadurch bedingten Wohnungsnot durch positive Maßnahmen zu begegnen. Statt dessen haben sie den Bau von Wohnungen im großen ganzen dem Privatkapital überlassen, das in dem Bau von Mittel- und Kleinwohnungen nicht immer den genügenden Anreiz fand. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen in fast allen Großstädten ständig eine latente Wohnungsnot herrschte, die in Zeiten des industriellen Aufschwunges stets akute Formen anzunehmen pflegte.

Der Krieg und die durch ihn herbeigeführte Zerrüttung der Wirtschaft hat auch das Wohnungswesen aufs schwerste getroffen. Die Neubautätigkeit hat in Stadt und Land außerordentlich nachgelassen; die Nachfrage nach Wohnungen hat dagegen nicht im gleichen Maße abgenommen. Daraus hat sich allmählich eine Wohnungsknappheit entwickelt, die seit Ende des Krieges zu einer Wohnungsnot angewachsen ist, wie sie bis dahin im Deutschen Reiche nie dagewesen war.

Ein Irrtum ist die weit verbreitete Ansicht, daß infolge der Kriegsverluste die Nachfrage nach Wohnungen abgenommen hat. Da für die Nachfrage nicht die Zahl der gesamten Bevölkerung entscheidend ist, sondern die Zahl der Haushaltungen, so hat der Tod, wenn die Gefallenen verheiratet waren, meistens nicht zur Auflösung eines Haushalts geführt, und erst recht gilt dies für die Mehrzahl der unverheirateten Gefallenen. Bedenkt man weiter, daß nach dem außerordentlichen Rückgang der Geburten während des Krieges neuerdings eine erhebliche Zunahme eingesetzt hat — 1920 betrug die Zahl der Geburten, berechnet auf 1000 Köpfe der Bevölkerung, 29,52, gegenüber 18,8 im Jahre 1913 — zieht man in Betracht, daß die Zahl der Eheschließungen in den letzten Jahren gewaltig gestiegen ist, berücksichtigt man ferner, daß infolge Besetzung deutschen Gebietes und Abtretung deutscher Landesteile, abgesehen von den Auslandsdeutschen, mindestens 150 000 Familien in das Reichsgebiet geflüchtet oder zurückgewandert sind, und daß im besetzten Gebiet auf Anforderung der Besatzungstruppen rund 20 000 Wohnungen der Bevölkerung entzogen wurden, so kann man sich eine ungefähre Vorstellung von dem Umfange der heutigen Wohnungsnot machen.

Als wesentliches Moment kommt noch hinzu der Rückgang der Bautätigkeit. Bereits in der letzten Zeit vor dem Kriege hatte der Bau neuer Wohnungen nachgelassen. Während im Jahre 1912 nach einer in 87 Städten vorgenommenen Zählung 8912 Wohngebäude und 61 885 Wohnungen

---

Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17

451 Von Henni Lehmann.

Und es schrie in der Seele der Mutter:

Wann soll ich es ihm sagen?

Wie soll ich es ihm sagen?

Wie, wie wie?

Die ganze Nacht hindurch lag sie schlaflos mit brennenden Augen, und immer wieder klang es ihr in den Ohren:

Wie soll ich es ihm sagen, wie, wie?

Die alte Turmuhr der Kirche jenseits des Walls begann zu schlagen, als der graue Morgen dämmerte und jeder hallende Schlag tönte:

Wie, wie wie?

Der Wind rüttelte an den gefrorenen Fensterscheiben, und in seinem Brausen tönte es:

Wie soll ich es ihm sagen, wie, wie?

Zum ersten Male seit vielen Jahren waren die immer fleißigen Hände der alten Frau zu lahm und müde, um sich zur Arbeit zu regen. Hilflos saß sie da vor dem Fenster und starrte hinaus.

„Sei barmherzig, lieber guter Gott, und hilf mir! Wie soll ich es ihm sagen, wie, wie?"

Und es kam ein Schritt die Treppe herauf an die Tür. Der alte Briefträger trat ein.

Er hielt einen Brief.

„Ein Feldbrief, Frau Greese", sagte er.

Es war der Brief, der die Handschrift ihres Kindes, diese Schrift, deren Anblick sie seit langen Wochen ersehnt hatte. Nun überkam es sie wie ein Schrecken. Auf diesen Brief würde sie ihrem Jungen antworten, und in dieser Antwort würde sie es ihm sagen müssen.

Sie öffnete den Brief und las:

Geliebte Mutter! Ich weiß nicht, ob du diesen Brief je erhalten wirst. Ich will ihn auf der Brust tragen, und es soll darauf stehen, daß man ihn dir sendet, wenn ich gefallen bin. Vielleicht verbrenne ich ihn selbst einmal daheim an unserer lieben Lampe, wenn wir wieder beieinander sitzen. Wenn nicht, liebe Mutter, wenn sie dir diesen Brief schicken, dann liegt dein einziger Junge wohl schon in der Erde. Aber weine nicht so sehr. Mein Leben war kurz und schön, schön durch deine unermüdliche treue Muttersorge, schön durch den Glanz der Liebe, den meine Benita in mein Leben brachte. laß sie dein Kind sein, Mutter, und hüte sie, daß sie gut und glücklich werde. Sage ihr, daß das mein Wunsch sei, und grüße sie mir.

Und dann ist da die arme Rose. Sie hat keine gute Mutter, Nimm sie zu dir. Sie wird dir viel, du wirst ihr viel sein, und sie hat mich auch lieb. Ihr könnt von mir sprechen, wenn ihr beieinander seid."

Die Frau ließ den Brief sinken.

Ihre Augen waren heiß und trocken.

Dann las sie weiter, was ihr Junge geschrieben, las es weiter bis zu den Worten:

„Ich küsse dich im Geist ein letztes Mal.

Lebe wohl, meine Mutter! Walter."

Sie sah mit wirren Blicken um sich.

War ihr Junge, ihr geliebter, blühender Junge, ihr Licht, ihr Glanz und Glück, nun tot und ausgelöscht?

Oder war es nur ein unseliger Zufall, der ihr diesen Brief in die Hände gespielt, und Walter lebte noch und lag verwundet irgendwo?

Sie hatte von solchen Zufällen gehört.

Und wenn er noch lebte, wie sollte sie es ihm sagen, wie, wie?

— — — — — — — — — — — — — — — —

Die Tür öffnete sich, und der alte Briefträger trat ein zweites Mal in das Zimmer.

„Da ist noch ein Feldbrief, Frau Greese, den ich übersehen habe. Es ist eine andere Handschrift."

Er ging.

Es war ein Brief von Walters Regiment, ein Brief, in dem man ihr schrieb, daß er tot sei, gefallen „auf dem Felde der Ehre". Er habe einen Kopfschuß erhalten und ohne zu leiden sofort einen schnellen Tod gefunden, „den schönsten Tod, den ein Soldat finden kann". Allen sei er lieb gewesen, und sein Andenken werde unvergessen sein. —

Nun wußte sie es, daß den ersten Brief kein Zufall ihr zugespielt hatte, Walter war tot.

Nun war da eine große Leere in ihrem Leben, die nie wieder gefüllt werden konnte.

Und sie dachte daran, daß sie noch kurz vorher gebetet hatte, Gott möge ihr helfen, sie wisse nicht, wie sie es Walter sagen solle.

War dies die Erhörung ihres Gebets?

Sie hatte sich einen festen Kinderglauben bewahrt, und sie neigte das weiße Haupt, und ihre Lippen stammelten: „Was Gott tut, das ist wohlgetan," — dann begannen ihre Tränen zu fließen.

— — — — — — — — — — — — — — — —

Es gingen Stunden hin. Aennchen saß im Stübchen. Rose war aus dem Krankenhaus gekommen. Frau Greese war nicht länger allein. Sie hatte das mutterlose Kind bei sich behalten, dies Kind, für das es schlimmer war, solche Mutter zu haben, als wenn es keine gehabt hätte. Und Rose weinte mit ihr.

Es waren zwei Aufgaben, die da vor der alten Frau lagen und den Rest ihres Lebens füllen sollten. Die beiden, Aennchen und Rose, sollten gut und glücklich werden, soviel sie dazu zu tun vermochte, da sie für Benita dies Gutsein, dies Glücklichsein nicht mehr schaffen konnte, wie es ihr toter Junge in seinem Scheidebrief gewünscht hatte.

Sie dachte milde und mitleidig an das Mädchen, und sie sandte die weinende Rose hinüber nach Nummer 17 zu Benita, damit sie ihr Walters Brief zeige und ihr sage, was geschehen sei. Rose sollte auch sagen, daß Walters Mutter hoffe, Benita werde zu ihr kommen.

Aber Benita kam nicht.

Sie las Walters Brief, und dann begann sie fassungslos zu weinen, wild und verzweifelt.

Sie weinte stundenlang.

Niemand durfte sie anrühren, niemand zu ihr sprechen. Sie ging in ihr Kämmerchen und schloß hinter sich die Tür. Dann warf sie sich schluchzend auf ihr Bett.

An diesem Abend weint sie sich in Schlaf.

Am nächsten aber ging sie wieder ins Kino.

(Schluß folgt.)

hergestellt worden waren, sank die Zahl 1913 auf 7017 Wohngebäude und 46220 Wohnungen. Im Jahre 1917 entstanden in diesen Städten nur noch 428 Wohngebäude und 1712 Wohnungen, das heißt nur der 21. Teil der 1912 errichteten Wohngebäude und nur der 26. Teil der Wohnungen. Für 1918 liegen Angaben aus 51 Städten vor, in denen insgesamt nur noch 2928 Wohnungen hergestellt wurden. Die Abnahme der Bautätigkeit führte zwar nicht sogleich zu einer Wohnungsknappheit, da im Anfang des Krieges die Nachfrage nach Wohnungen erheblich nachließ. Während aber in der zweiten Hälfte des Jahres 1914 und im Jahre 1915 die Zahl der Leerwohnungen fast allgemein zugenommen hatte, machte sich schon 1917 eine entgegengesetzte Bewegung auf dem Wohnungsmarkt bemerkbar, und von 1919 an kann man direkt von einem Wohnungsmangel sprechen.

Diesem Wohnungselend gegenüber versagen alle landläufigen Mittel, mit denen man früher die Wohnungsnot zu bekämpfen versucht hat. Und auch die Maßnahmen, die die Gesetzgebung jetzt ergriffen hat, sind nichts als Palliativmittelchen. Soll das deutsche Volk nicht sittlich und kulturell zugrunde gehen, so bleibt nichts anderes übrig, als das Uebel an der Wurzel zu fassen und, koste es was es wolle, die erforderliche Anzahl von neuen Wohnungen zu schaffen. Die private Bautätigkeit hat versagt und sie wird auch für die nächste Zukunft versagen, weil es unmöglich ist, die Wohnungen rentabel zu gestalten; denn die Wohnungsmieten können schlechterdings nicht so gesteigert werden, daß das Privatkapital sich wieder dem Baumarkt zuwendet. Es bleibt deshalb nichts anderes übrig, als die Sozialisierung des gesamten Wohnungswesens, und Hand in Hand damit eine Verteilung der Bevölkerung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten über alle Gebiete Deutschlands. Daß damit eine gewisse Beschränkung der Freizügigkeit verbunden ist, ist nicht zu leugnen, aber wenn wir vor die Wahl gestellt sind, ob das gesamte Volk verelenden oder ob einige wenige in ihrer Freiheit beschränkt werden sollen, so kann die Entscheidung nicht schwer fallen. Wem das Wohl der Gesamtheit oberstes Gesetz ist, der darf in außergewöhnlichen Zeiten auch vor außergewöhnlichen Mitteln nicht zurückschrecken, selbst nicht auf die Gefahr hin, daß er dadurch mit althergebrachten Traditionen bricht und Theorien aufgibt, die früher ein Dogma für ihn waren.

Schöneberg. In der letzten Gemeindevertretersitzung stand die Beratung und Festsetzung des Voranschlages für 1922 auf Tagesordnung. Die Ausgaben der Gemeinde erreichen damit eine Summe von einer halben Million Mark. Der Titel Armenpflege kommt trotz der sehr geringen Unterstützungssätze von höchstens 100 bis 150 Mark pro Armenfall, wozu kleine Brennmaterialienlieferungen hinzukommen, auf weit über 100000 Mark. Unter Anspruchnahme einer Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Zuschläge zur Wertzuwachssteuer und Erhöhung der Gewerbesteuer der 1. Klasse auf 600 der 2. Klasse 450 und 3. Klasse 300 Prozent Zuschlag soll die Balanzierung erfolgen. Die Gemeindevertretung stand auf dem Standpunkt, daß das Gewerbesteuergesetz der heutigen Geldentwertung entsprechend ungerecht sei, so daß die kleinen Handwerker und Geschäftsleute nicht in der Lage sind, ihre nicht zum Lebensunterhalt hinreichenden Einkommen doppelt zu versteuern. Gemeindevorsteher Gen. Grodnick schlug 800 Prozent Zuschläge zur Realsteuer vor, die zur annähernden Deckung der Ausgaben erforderlich sind und wies darauf hin, daß die Veranlagung der Grund- und Gebäudesteuer doch nach dem Friedenswert erfolgt ist, der Wert der Erzeugnisse des Bodens jedoch mit der Geldentwertung mitgehe, selbst bei den kleineren Eigentümern. Der Vorschlag wurde einstimmig mit der Begründung abgelehnt, daß die kleinen Eigentümer dieselben nicht zahlen könnten und der frühere Gemeinden im vorigen Jahre überhaupt keine Zuschläge erhoben haben. Damit ist der Voranschlag ohne [illegible] abgelehnt, was für die Armen der Gemeinde eine [illegible] Lage bedeutet. Ferner wurde beschlossen, drei unbedingt notwendige Wasserküven anzuschaffen. Ein Antrag auf Gewährung einer Beihilfe zum Wohnungsbau eines [illegible], sowie der Antrag einer Unterstützungsempfängerin auf Gewährung von Brennmaterial wurde wegen Mangel an Mittel abgelehnt. Infolge der finanziellen Not der Gemeinde wurde der Antrag gestellt und einstimmig angenommen, die vorgesetzte Behörde zu ersuchen, die Genehmigung zu erteilen, daß von den Rentiers, die über 10000 Mark Steuern zahlen, Zuschläge erhoben werden.

Aus dem Osten.

Putzig. Bei den Stadtverordnetenwahlen erhielt die Liste der Bürger, Beamten und Kaufleute 7 Mandate, die Liste der nationalen Arbeiterparteien 5 Mandate. „Gazeta Warszawska“ jubelt darüber, daß sich im Putziger Stadtrat keine Deutschen und Sozialisten befinden werden.

Königsberg. Fünf Kinder beim Spielen mit einer Handgranate verunglückt. Am Sonntag nachmittag versuchten mehrere Knaben auf einem Platz am Sackheimer Tor eine Handgranate zur Explosion zu bringen, indem sie mit einem Stein darauf schlugen. Plötzlich detonierte die Handgranate mit einem weithin hörbaren Knall. Fünf der spielenden Knaben erlitten durch die umherfliegenden Sprengstücke zum Teil lebensgefährliche Verletzungen. Von hinzueilenden Leuten wurden die Samariter benachrichtigt, die den verunglückten Knaben Will. Zell, Willi John, Walter Falkstein, Willi Schaper und Erich Goslin die erste Hilfe leisteten, ihnen Verbände anlegten und sie ins städtische Krankenhaus brachten. Wie die Kinder zu der Handgranate gekommen sind, dürfte mit Bestimmtheit erst die inzwischen eingeleitete Untersuchung ergeben.

Königsberg. Tarifabschluß im Gastwirtsgewerbe. Zwischen dem Zentralverband der Gastwirte und dem Zentralverband der Hotel-, Restaurations- und Café-Angestellten ist es zu einer Einigung gekommen. Ab 1. August [illegible] feste und Aushilfskellner nur noch durch den [illegible] Arbeitsnachweis Königsberg eingestellt werden. [illegible] wurden dreimal um 150 Prozent auf die [illegible] Aushilfskellner erhalten werktags [illegible], Sonntags [illegible] Mark und freie Kost oder [illegible] Mark Entschädigung. Der Hausdiener und Nachtportiers wurden die Löhne um [illegible] Prozent erhöht. Außer den vereinbarten Löhnen hat jeder Angestellte Anspruch auf freie Kost und freie Wohnung oder, wo dies nicht gewährt wird, auf eine [illegible] von [illegible] Mark und 8 Mark Wohnungsgeld pro Tag. Außerdem ist an jeden Angestellten mit Ausnahme der Lehrlinge eine einmalige Nachzahlung von je [illegible] Mark, zur Lehrpersonal von je 100 Mark zu zahlen.

Königsberg. Zum Streik der Hafenarbeiter. Die Königsberger Hafenarbeiter haben am Sonnabend mittag die Arbeit eingestellt, nachdem sie Lohnforderungen am Freitag eingereicht hatten, ohne die Verhandlungen abzuwarten. Sie verlangen eine Erhöhung der bisherigen Löhne um 60 Prozent bis zum 15. August und um weitere 70 Prozent vom 16. August ab. Ihre Löhne würden demnach bis zum 15. August 440 und hernach 748 Mark betragen. Der Akkordstundenlohn würde sich auf 900 Mark belaufen.

Allenstein. Flüchtig geworden ist der Beamte August Liedtke vom hiesigen Versorgungskrankenhaus (früher Garnisonlazarett). Ihm werden umfangreiche Unterschlagungen amtlicher Gelder zur Last gelegt. 500000 Mark sollen fehlen. Als die Unterschlagungen zur Aufdeckung gelangten, wurde Liedtke seines Amtes enthoben; doch wurde von seiner Verhaftung abgesehen. Diesen Umstand benutzte L. zur Flucht. L. ist etwa 40 Jahre alt und verheiratet.

Allenstein. Brandstiftung wegen verschmähter Liebe. In der Nacht zum 13. 8. brach in Spiegelberg, bei Allenstein Großfeuer aus, welches Stall und Scheune des Besitzers Franz Boenig in Asche legte. Das Wohnhaus konnte gerettet werden. Das ganze Dorf befand sich in Feuersgefahr. Der Schaden beläuft sich auf 350000 Mark, der nur zum Teil durch Versicherung gedeckt ist. Nach den polizeilichen Feststellungen kommt vorsätzliche Brandstiftung in Frage. Als Täterin wurde die Stellmachersfrau Klara Behrend aus Spiegelberg verhaftet, die auch gestand, das Gehöft des B. angezündet zu haben, weil er ihre Liebe verschmähte und eine andere heiraten wollte.

Ratzebuhr (Pommern). In Haft genommen wurde der Arbeiter Julius Gantzke aus Kolmar. G. gibt an, vor etwa 15 Wochen aus Polen geflohen zu sein, um nicht polnischer Soldat zu werden. In diesen 15 Wochen hat er sich durch Betteln und Stehlen ernährt, nachts in den Wäldern gehaust. Da G. in 15 Wochen weder Bart noch Haare hatte scheren lassen, machte er in seinen zerlumpten Kleidern den Eindruck eines Urmenschen.

Stettin. Wetterschäden in der Provinz Pommern. Der seit sieben Wochen täglich niedergehende Regen hat in der Landschaft Pommern großen Schaden angerichtet. Durch die starken Regenfälle und Hagelschauer ist das Getreide völlig niedergeschlagen. In Hinterpommern stehen die Felder vielfach unter Wasser, so daß ungeheurer Schaden angerichtet ist. Die Torfwerbung hat fast überall eingestellt werden müssen.

Stettin. Ein bedauerliches Unglück hat sich in dem Orte Jamen ereignet. Die Frau des Brunnenbauers Straube war zum Torftrocknen nach der Stadtwiese gegangen und hatte ihre beiden Enkelkinder mitgenommen. Während die Frau ihrer Beschäftigung nachging, machten sich die beiden Kinder in einem unbewachten Augenblick an der Torfgrube zu schaffen, stürzten hinein und ertranken.

Swinemünde. Entlarvt. Vor einigen Wochen wurde am Strande ein Badegast, der außerhalb der Badeanstalt badete, vom Tode des Ertrinkens gerettet. Der Fremde wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er längere Zeit bis zu seiner Genesung bleiben mußte. Inzwischen ist von der Kriminalpolizei festgestellt worden, daß der kranke „Badegast“ ein Ausländer, der Juwelier Leo Fischer ist. Nach den vorgefundenen Papieren und Briefen wird Fischer wegen verschiedener Straftaten von der Polizei in mehreren Orten gesucht. Weiter wurde festgestellt, daß der entlarvte Betrüger seinerzeit hier im Bade nicht verunglückt ist, sondern daß er versucht hat, freiwillig in den Tod zu gehen; jedoch ist der Selbstmordversuch mißglückt.

Heringsdorf. Großer Silberdiebstahl. Die Einbrecherbande, die seit einigen Wochen den Ort unsicher macht, konnte bisher noch nicht ermittelt werden. In der letzten Nacht wurde aber wieder ein Einbruchsdiebstahl in der Pension Waldhaus verübt und dabei für rund 100000 Mark Tafelsilber geraubt.

Usedom. Mädchenmord. In dem Dorfe Catschow auf Usedom wurde das 22jährige Dienstmädchen Anna Jäger in einem Teiche als Leiche aufgefunden. Am Kopf, Hals und Brust war sie durch etwa zwanzig Stiche und Hiebe verletzt. Ueber Ursache des Mordes und Täter schwebt noch völliges Dunkel.

Schneidemühl. Kircheneinbruch. In der alten katholischen Kirche ist ein schwerer Einbruch verübt worden. Gestohlen worden sind zwei wertvolle Speisekelche und ein Meßkelch, ein Kreuz und ein silberner Hostienbehälter. Die Eindringlinge sind in ihrer weiteren Arbeit gestört worden; denn man fand am Morgen die Werkzeuge, Dietriche, Stemmeisen usw. vor der Kirche liegen.

Warschau. Millionenbetrügereien. In der Warschauer Finanzwelt hat die Diskontierung eines falschen Schecks auf 18 Millionen Mark große Sensation hervorgerufen. Der Scheck wurde auf der Internationalen Bank in Warschau als von der Deutschen Bank ausgestellt, von einer unbekannten Person vorgelegt, um der Bank für Handel und Industrie zur Auszahlung überwiesen zu werden. Dort ließ sich der Betrüger die ganze Barsumme auszahlen. Erst nachträglich wurde die Fälschung festgestellt.

Aus aller Welt.

Ueber die Taifunkatastrophe in Südchina werden jetzt noch folgende Einzelheiten bekannt: Nachts gegen 2 Uhr überfiel der Taifun mit furchtbarer Gewalt die Stadt Swatau, die durch Zerstörung der elektrischen Leitungen in vollständige Dunkelheit gehüllt war. Während die Dächer von der Gewalt des Sturmes auf die Straßen geschleudert wurden und die Mauern krachend zusammenstürzten, rasten die Einwohner, vom Schrecken gejagt, unter der Wut des Orkans und des peitschenden Regens durch die Stadt und suchten im Dunkeln eine Zufluchtsstätte, ohne einen Ausweg aus der Hölle zu finden. Eine Sturmflut, die vom Taifun aufgepeitscht war, ergoß sich über den Strand und stieg mit unheimlicher Schnelligkeit sechs Kilometer den Hanfluß herauf. Als sie die Stadt erreichte, wälzte sich die Flut über das Chinesenviertel, das auf dem Nordufer der Stadt gelegen war, und verwandelte es in einen wüsten Trümmerhaufen. Das auf dem südlichen Ufer gelegene Europäerviertel wurde zwar auch vom Taifun beschädigt, doch hielt sich hier der Schaden in mäßigen Grenzen, vor allem waren hier keine Menschenleben zu beklagen, während in der Chinesenstadt Tausende von Toten und Verwundeten zu beklagen sind.

Rattengift im Mittagessen. Die angeblich gemütskranke Ehefrau des Fabrikarbeiters Lauber in Johannesberg bei Fulda mischte ihrem Gatten wiederholt Rattengift ins Essen. Der Mann erkrankte nach dem Genuß und starb unter großen Schmerzen nach einigen Tagen.

Der umgekippte D-Zug. Gestern vormittag entgleiste zwischen dem Hauptbahnhof Spandau und dem Bahnhof Spandau-West der D-Zug Nr. 22 an einer Stelle, wo infolge von Reparaturarbeiten eine Schienenlasche fehlte. 10 Wagen des Zuges schlugen um. Der Materialschaden ist groß. Verletzt wurde jedoch erfreulicherweise niemand.

Aushebung einer Falschmünzerwerkstatt. In Barmen ist eine Falschmünzerwerkstätte, in der brasilianische 50-Milreis-Noten nachgemacht wurden, von der Kriminalpolizei ausgehoben worden. Mehrere Verhaftungen, darunter einiger Personen aus Köln, die im Besitz von gefälschten Noten waren, wurden vorgenommen. Großes Aufsehen erregt die im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit stehende Verhaftung des geschäftsführenden Direktors der „Barmer Zeitung“ und des „Stadtanzeigers“, Karl Meyer, der früher Oberleutnant war. Der Hauptschuldige ist der Sohn eines Regierungsrats.

Ein Polizeiwachtmeister erschossen. In Hamburg wurde gestern morgen der Polizeirevierwachtmeister Fischer mit einem Kopfschuß tot aufgefunden. Kampfspuren waren nicht vorhanden. Nach den bisherigen Feststellungen kommt als Täter wahrscheinlich ein Einbrecher in Frage, der mit einer weiblichen Personen zusammen von Fischer angehalten wurde. Zeugen, die sich nach dem Bekanntwerden der Tat meldeten, sagten aus, daß sie gesehen haben, wie Fischer die beiden Leute anhielt. Zunächst sträubte sich der Mann, mit zur Wache zu gehen, worauf der Beamte seine Schußwaffe zeigte. Die Zeugen sind dann dem Wachtmeister gefolgt, um ihm zu helfen; doch hatte er eine Hilfe abgelehnt.

Das Berliner Abenteuer eines Schweden. Der Ausländer lernte in der Friedrichstadt eine elegante Frau kennen, mit der er den Abend vergnügt verbrachte und zu der er auch schließlich in nähere Beziehungen trat. Am anderen Morgen kam die Ernüchterung, denn der lebenslustige Schwede vermißte seine Brieftasche mit einem hohen Betrag an schwedischen Kronen und 200000 Mark barem Gelde. Auf eine sofortige Anzeige bei der Kriminalpolizei konnte die Diebin bereits nach wenigen Stunden ermittelt und verhaftet werden. Die Diebin hatte übrigens die kurze Zeit ihres Reichtums ausgenutzt und sich völlig neu in wertvolle Kleidung gehüllt. Der Bestohlene bekam 60000 Mark zurück und außerdem die gesamten Neuanschaffungen seiner Bekanntschaft.

Schwere Folgen einer Automobilfahrt. Bei einer sogenannten „Schwarzfahrt“ mit dem Automobil eines Bergwerksdirektors hat sich in Dresden ein schweres Unglück ereignet. Der Kraftwagen wurde von dem angetrunkenen Beamtenanwärter Sperling gesteuert, der keinen Führerschein besitzt. Er überfuhr einen Mann und eine aus Berlin stammende Privatiere Helene Lüddecke. Die Ueberfahrene war so schwer verletzt, daß alsbald der Tod eintrat. Eine ungeheure Erregung bemächtigte sich der angesammelten Menschenmenge, fast wären Sperling und sein Freund gelyncht worden. Die Polizei griff jedoch ein und verhaftete den „wilden“ Wagenlenker.

Ein ehemaliger Jockei als Juwelendieb. Die Affäre eines großen Juwelendiebstahls, den der ehemalige, von den deutschen Rennbahnen verwiesene Jockei Willy Kratzmann an einem Frankfurter Großindustriellen begangen hat, wird demnächst die Berliner Strafbehörde beschäftigen. Kratzmann, der nach seiner Verweisung bei dem Großindustriellen gastfreundliche Aufnahme gefunden hatte, belohnte dieses Entgegenkommen dadurch, daß er eines Tages die Wohnung seines Gastgebers ausplünderte und Juwelen im Gesamtwerte von vier Millionen Mark stahl. Unter dem Diebesgut befanden sich zwei Ohrringe mit je 6½ karätigen Rubinen, die allein nahezu drei Millionen Mark Wert haben. Nach langen Mühen konnte der Dieb jetzt verhaftet werden.

Millionenschmuggel mit österreichischen Kronen. Die Zollbehörde in Salzburg hat einen gewissen Markus Nastel wegen eines großangelegten Valutenschmuggels verhaftet. Bei Nastel, der sich als tschechoslowakischer Staatsbürger ausgibt, wurden 900 Millionen österreichische und 1000 tschechische Kronen gefunden.

Versammlungs-Anzeiger

Volkstagsfraktion.
Freitag, den 18. August, abends 6 Uhr, im Fraktionszimmer, wichtige Sitzung.

S.P.D. 8. Bezirk (Niederstadt).
Sämtliche Funktionäre treffen sich am Sonnabend, den 19. August, abds. 7 Uhr, zu einer Sitzung im Parteibureau.

Metallarbeiterverband:
Mittwoch, den 16. Aug., 5½ Uhr, Aula der Petrischule: Generalversammlung.

S.P.D. Ortsverein Zoppot.
Mittwoch, den 16. Aug., abends 7 Uhr, im Lokal Wuendt, Bergstraße 1: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Teuerung und Reaktion. Referent: Abg. Leu-Danzig. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Verein Arbeiter-Jugend, Danzig.
Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, im Heim Reiterkaserne, Vortrag des Gen. Ziegmeyer „Wie sieht es heute in Italien und Griechenland aus?“. Parteigenossen, besonders Jungsozialisten sind hierzu besonders eingeladen.
Donnerstag, den 17. August: Bewegungsspiele auf dem Grüngürtel.

Verein Arbeiter-Jugend, Langfuhr.
Mittwoch, den 16., abends 7 Uhr, bei Kresin, Brunshöfer Weg 36, Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Zoppot.
Mittwoch, den 16. Aug., abends 7 Uhr, findet in der Schule Danziger Straße eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Lohnbewegung im Freistaat und die gegnerischen Gewerkschaften. Ref. Koll. Kort. Freie Aussprache.

Arbeitersportkartell:
Mittwoch, den 16. Aug., abends 7 Uhr, im Heim der Naturfreunde, Stockturm: Kartellsitzung.

Freie Turnerschaft Danzig. Am Sonnabend, den 1[illegible] August, abends [illegible]7 Uhr, findet im Heim Reiterkaserne, Zimmer 26, eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom 1. Arbeiterturn- und Sportfest in Leipzig. 2. Unser Turn- und Sportbetrieb. 3. Bericht des Kartelldelegierten.

Danziger Nachrichten.

Die Danzig-polnischen Streitfragen.

Wie wir erfahren, liegen dem Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig außer den vier Fragen, die der stellvertretende Präsident des Senats vorgestern bei der Sitzung des Hauptausschusses des Volkstages erwähnte und über die wir gestern eingehend berichtet haben, seit mehr oder weniger längerer Zeit eine ganze Reihe von weiteren Angelegenheiten zur Behandlung vor.

Zunächst wird über folgende Fragen zurzeit unter dem Vorsitz des General Haking zwischen Danzig und Polen verhandelt:

1. Berufung Polens gegen die Entscheidung vom 25. Mai 1922, betreffend die Regelung des Hafen-Postverkehrs.
2. Einspruch Danzigs gegen die Mitwirkung Polens beim Abschluß von kommunalen Anleihen.

Zu folgenden Fragen, über die der hohe Kommissar auf Antrag Danzigs entscheiden soll, fehlt noch die Stellungnahme der polnischen Regierung:

1. Danzigs Vertretung bei internationalen Kongressen.
2. Danzigs Mitwirkung beim Abschluß von Handelsverträgen gemäß Artikel 6 des Danzig-polnischen Abkommens vom 9. November 1920. Bekanntlich hat Polen mit Frankreich einen Handelsvertrag geschlossen, ohne daß Danzig sich geäußert hatte.
3. Abschluß eines Anmusterungsvertrages mit Memel durch Polen auf Grund von Artikel 2 des genannten Danzig-polnischen Abkommens, mit einem von Danzig nicht beantragten und auch nicht genehmigten Zusatz, betreffend das Inkrafttreten des Vertrages.
4. Errichtung eines Konsulats der russischen Sowjet-Republik in Danzig.
5. Verletzung der Danziger Gebietshoheit durch Vornahme von Vermessungen auf der Weichsel seitens polnischer Regierungsfahrzeuge.
6. Teilnahme Danzigs an der Brüsseler Seekonferenz.

Zu folgenden Fragen, die Polen dem hohen Kommissar zur Entscheidung unterbreitete, muß sich zunächst noch Danzig äußern:

1. Verpachtung von Grundstücken und Gebäuden des Hafenausschusses.
2. Beabsichtigte gesetzliche Regelung des Grunderwerbs in Danzigs.

Nachstehende Angelegenheiten werden auf Veranlassung des Oerkommissars noch einmal in besonderen Danzig-polnischen Ausschüssen oder schriftlich behandelt:

1. Einspruch Danzigs gegen die Anzahl der polnischen Behörden in Danzig.
2. Antrag Danzigs auf Neuregelung der Korridor-Paß- und Sichtvermerksfrage für Danziger Staatsangehörige.

Der Hafenausschuß bzw. seine Delegationen sollen sich zunächst zu folgenden Fragen äußern:

1. Polizeifrage.
2. Die Verwaltung der Stromweichsel auf Danziger Gebiet.

Schließlich wären noch zwei Fragen zu erwähnen, zu denen der Völkerbundsrat selbst um eine Aeußerung ersucht hat:

1. Finanzlage der Freien Stadt.
2. Frage der Veräußerung und Beleihung des Eigentums des Hafenausschusses.

Gelegentlich der nächsten Tagung des Rates des Völkerbundes in Genf, Ende dieses Monats werden außerdem voraussichtlich folgende Fragen zur Verhandlung kommen:

1. Niederlage für polnisches Kriegsgerät im Danziger Hafen.
2. Anlegehafen für polnische Kriegsschiffe in Danzig.

Die Teuerung in Danzig und in deutschen Städten.

Das statistische Amt der Freien Stadt Danzig veröffentlicht eine Uebersicht über die häufigsten Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Bedarfsartikel in Danzig und in 13 Städten Deutschlands, nach dem Stande vom 1. August. Die Preise für Milch blieben in Danzig unter dem Durchschnitt. Mit dem Butterpreis von 240 Mk. für ein Kilo marschierte Danzig jedoch an der Spitze sämtlicher angegebenen Städte. Nur Stuttgart hatte den gleichen hohen Preis. In Elbing zahlte man 180 Mk., in Königsberg am 26. Juli sogar nur 172 Mark. Selbst in den Industriestädten des Westens und in dem besetzten Köln war die Butter billiger, als wie in Danzig, dicht neben der fruchtbaren Niederung. Der Danziger Höchstpreis für Weizenmehl wurde von Breslau und Halle a. S. übertroffen. Der Freihandelspreis für Weizenmehl hatte mit 44 Mark pro Kilo in Düsseldorf einen höchsten Stand, Danzig und die Industriestädte Dortmund, Köln, Karlsruhe folgten mit 40 Mark per Kilo. Alle übrigen Städte blieben, z. T. erheblich, im Preise zurück. Mit dem Höchstpreis von 8,90 Mk. für ein Kilo Roggenmehl marschierte Danzig an der Spitze. Der Danziger Höchstpreis für Weizenbrot blieb unter dem Durchschnitt. Geradezu enorm sind dagegen die Unterschiede beim Freihandelspreis für 1 Kilo Weizenbrot. Man zahlte dafür: in Danzig 50 Mk., in Elbing 20 Mk., Stolp 24 Mk., Stettin 28,50 Mk., Breslau 25 Mk., Kiel 28,81 Mk., Dortmund 30 Mk., Essen 27 Mk., Düsseldorf 14 Mk., Köln 29 Mark, Stuttgart 30, Karlsruhe 40 Mark. Bei solchen Differenzen fragt sich jeder, wer ist der Nutznießer dieser gewaltigen Preisunterschiede. Der Danziger Freihandelspreis für Roggenbrot wird von 4 Städten übertroffen, 5 bleiben darunter. Der Höchstpreis für Roggenbrot zeigt keine großen Preisunterschiede. Für Streuzucker zahlte man in Danzig 50 Mark pro Kilo, in Stettin nur 33,60 Mk., Breslau 34, Halle a. S. 37,20, Dortmund 48 Mk. Der große Zuckerreichtum des Freistaates kommt den Konsumenten also nicht zugute. Wohl erzielen aber bekannte Persönlichkeiten Millionengewinne. Bei den Fleischpreisen blieben Danzig und Stolp am 1. August unter dem Durchschnitt.

Einige Städte haben höhere, andere niederere Kohlenpreise als wie Danzig. Der Danziger Preis für Braunkohlenbriketts wird dagegen von keiner Stadt erreicht. Ein Zentner Braunkohlenbriketts kostete: in Danzig 196, Elbing und Königsberg 133, Stolp 107, Stettin 104,25, Breslau 90,90, Kiel 109, Halle 106, Dortmund 81,30, Düsseldorf 90,50, Köln 70 Mark, Stuttgart 120,05, Karlsruhe 121,60 Mark. Käse ist im Freihandel billiger, als in den übrigen Städten, was wohl auf das Ausfuhrverbot zurückzuführen ist.

Sonderbar ist, daß in der Zusammenstellung die Preise von Berlin fehlen. Diese bieten gewöhnlich besonders interessante Vergleiche. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Lebensmittelteuerung nicht geringer ist als im Deutschen Reich. Ist ein Artikel wirklich um ein Geringes billiger, so sind andere um ein Vielfaches teurer, als wie in deutschen Großstädten. Die Belastung der Konsumenten durch die polnischen Zölle ist ein Kapitel für sich.

Immer wieder der Wucher!

Die tollen Preissteigerungen, die wir in den letzten Tagen erlebt haben und die mit dem neuen Steigen des Dollars leider noch im stärkeren Ausmaße zunehmen werden, machen es dem Senat und Volkstag zur nunmehr nicht länger aufschiebbaren, unabweislichen Pflicht, soweit es in ihren Kräften steht, endlich Maßnahmen gegen die maßlose Teuerung zu ergreifen. Es trifft zwar zu, daß wir mit einer Anzahl unserer täglichen Bedarfsartikel auf den Weltmarkt angewiesen sind und damit ihre Preissteigerungen nicht unterbinden können, so weit sie durch die Verschlechterung der deutschen Mark hervorgerufen werden. Für die meisten der im Inland erzeugten Lebensmittel trifft das jedoch nicht zu und darum lassen sich, wie wir bereits mehrmals nachgewiesen haben, bei einigermaßen gutem Willen auch die jetzt zu verzeichnenden Preissteigerungen für die wichtigsten Nahrungsmittel wie Fleisch, Zucker, Milch, Eier, Butter, Käse usw. unterbinden, wenn gegen den Wucher auf dem Lebensmittelmarkt nur entsprechend scharf vorgegangen wird. Läßt man den Wucher mit diesen Artikeln zukünftig weiter schrankenlos austoben, dann werden die Zustände bereits in wenigen Wochen so auf die Spitze getrieben sein, daß es zu schweren Entladungen im Wirtschaftsleben kommen muß.

Die Lohnerhöhungen folgen der jetzigen Preisentwicklung nur außerordentlich zögernd und auch dann nur in einem vollkommen unzulänglichen Maße. Auf Treiben des großen Arbeitgeberverbandes versuchen die Unternehmer bekanntlich jede Lohnerhöhung hintenan zu halten, angeblich, weil dann die Industrie nicht mehr konkurrenzfähig bleiben würde. Die letzten Tage haben jedoch wieder so außerordentliche Preiserhöhungen gebracht, daß die inzwischen vereinbarten Lohnsätze längst wieder überholt sind. Nur durch Unterbindung der wucherischen Preissteigerungen für die im Freistaat erzeugten Lebensmittel, können dem Danziger Wirtschaftsleben neue schwere Störungen erspart bleiben. Auch in den bürgerlichen Gewerkschaften wächst die Einsicht, daß eine Aenderung in der Wirtschaftspolitik des Senats Platz greifen muß. So hat der christliche Gewerkschaftsbund in einer Sitzung es als notwendig bezeichnet, daß angesichts des äußerst schwierigen Getreidemarktes, der Verteuerung von Fleisch-, Zucker- und Milchprodukten, der Senat die Beschlagnahme der wichtigsten Lebensmittel sofort in Erwägung zieht. Auch gegen die Milchknappheit und gegen den Preiswucher mit Milch wurden von dieser Seite jetzt nun ebenfalls schärfste Maßnahmen gefordert. Auch die Gewerkschaft der Eisenbahnbeamten und -anwärter nimmt in längeren uns übermittelten Ausführungen gegen den Wucher Stellung. Es wird dabei auch berichtet, daß einzelne Langfuhrer Bäcker bereits am Freitag und Sonnabend die neuen erhöhten Brotpreise gefordert und außerdem das Brot mit einem Mindergewicht bis zu 150 Gramm verkauft haben. Auch andere, ähnliche Fälle werden berichtet, so z. B., daß ein Geschäft die Preise der vom Vorjahre liegenden Gemüsekonserven auf die diesjährigen umschreiben läßt usw.

Daß diese Schiebereien große Erregung auslösen ist erklärlich und wird die Bevölkerung erst darin wieder langsam Zuvertrauen zu Behörden und Gerichten finden, wenn dagegen scharf vorgegangen wird. Auch der Zuckerwucher fordert geradezu zu einem Einschreiten der Behörde heraus. So hat der Senator Jewelowski vor kurzem mitgeteilt, daß von der vorjährigen Zuckerernte noch 50 000 Zentner Zucker im Freistaat vorhanden seien. Trotzdem erleben wir, daß die Zuckerpreise von Tag zu Tag gewaltig in die Höhe klettern. All diese „Leistungen“ des freien Handels lassen keine andere Möglichkeit offen, als diese Produkte sofort wieder in öffentliche Bewirtschaftung zu nehmen. Erst dann wird dem Wucher ein Riegel vorgeschoben werden können.

Zum Streik der Kleinbahner. Nachdem der Schlichtungsausschuß in seinem Schiedsspruch, der von den Arbeitern als unannehmbar abgelehnt wurde, den Arbeitern auf die Grundlöhne eine Erhöhung von 45 Prozent für August und von 50 Prozent für September zugebilligt hatte, haben sich die Verhältnisse schon wieder derartig verschoben, daß die Streikenden gezwungen sind, ihre Forderungen zu ändern. Die Kleinbahner fordern jetzt prinzipielle Gleichstellung mit den Staatsbahnern. Der Kleinbahnbetrieb ruht vollkommen. Die Streikenden halten mustergültige Disziplin.

Die Senatspressestelle teilt mit: Es hat sich herausgestellt, daß der infolge des Kleinbahnerstreiks zur Heranschaffung der notwendigen Säuglingsmilch aufgenommene Auto-Lastwagenverkehr nicht ausreicht, da infolge der weiten Entfernungen und Erschütterungen die Milch zum großen Teile hier verdorben ankommt. Zur Inbetriebsetzung eines Güterzuges für Milch und andere notwendige Lebensmittel auf den wichtigsten Hauptstrecken wir die technische Nothilfe eingesetzt werden.

Der Brotmangel macht sich aufs neue bemerkbar, nachdem vorübergehend Besserung eingetreten war. Wie uns mitgeteilt wird, stocken die Mehllieferungen des Senats schon wieder. Brot braucht die Bevölkerung dringend. Entweder schafft der Senat genügend Mehl zur Brotbereitung oder es muß in Erwägung gezogen werden, ob das Mehl, das zur Herstellung der Kuchenberge dient, nicht besser zur Brotherstellung verwandt wird. Es geht nicht an, daß Kuchen in jeder beliebigen Menge zu haben ist, während es am notwendigsten Brot fehlt.

Die Feuerlöschpistole „Wolf“ wurde gestern auf dem Platz in der Wallgasse praktisch vorgeführt. Aus dem handlichen Apparat wird, ähnlich wie bei den bisher im Handel befindlichen Löschinstrumenten Pulver auf das Feuer geschleudert, wodurch kleine Brände ziemlich sicher und rasch abgelöscht werden. Vor allen Dingen gelang dies bei einem im Gebäude improvisierten Gardinenbrand. Der Vorzug dieses neuen Apparates liegt in [illegible] Handlichkeit [illegible] brauchsführung. Auch gegen Angreifer bei Einbruch usw. soll die Pistole gute Dienste leisten, da das [illegible] den Menschen auf ca. 25 Minuten bewußtlos [illegible], ohne ihn gesundheitlich zu schädigen. Hierfür fehlte es gestern allerdings an praktischen Beispielen. Zur Unterdrückung entstehender Brände dürfte der Apparat nach den gestrigen Vorführungen jedoch als durchaus empfehlenswert angesehen werden können.

Polizeibericht vom 16. August 1922. Festgenommen [illegible] Personen; darunter 5 wegen Diebstahls, 1 wegen Betruges, 1 wegen Unterschlagung, 1 wegen Bedrohung, 4 wegen Schmuggelns, 2 wegen tätlichen Angriffs, 1 wegen Passantenbelästigung, 2 zur Festnahme aufgegeben, 10 in Polizeihaft, 2 obdachlose Personen. — Gefunden: Poln. Paß für Wanda Makowski, Ausweis für Josefa Dzionk, Aktenmappe aus Wachstuch mit einem Bleistift, Geldscheintasche mit 4,50 Mark Berliner Stadtgeld, schw. Brieftasche mit Geld und Brotmarken für Binnenschiffer, Portemonnaie mit einigen Pfennigen und Papieren für Minna Neumann aus Oscarwick, graue Herrenweste, 8 lose Geldschrankschlüssel, kl. loser Geldbetrag und Schlüssel, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums; Feder- bezw. Zirkelkasten (gez. K. B.) anfangs Juni gefunden, abzuholen von Herrn Studienrat Purrucker, Posadowskiweg 31; Pfandschein für Wilhelm Rebelis und Brotmarken, abzuholen von Frau Wilhelmine Jawronski, Breitgasse 115; Banknote, abzuholen von Helene Kitowski, Ferberweg 1; Floß und 13 Vierkanthölzer, abzuholen von Frau Frieda Bergmann, Broschkischer Weg 25; gelber Hund, abzuholen von Herrn Johann Bluhm, Brösen, Conzestraße 18a. — Verloren: Gold. Kettenarmband, photographischer Apparat im Etui, abzugeben im Fundbureau des Polizeipräsidiums.

Vermischtes.

Große Raubfische, die sich selten in der Ostsee sehen lassen, tauchen in den schleswig-holsteinischen Gewässern auf. Katzenhaie und Delphine wurden von Fischern der Kieler Außenförde gesehen und gefangen. Sie sind in der Verfolgung der Makreelenzüge von der Nordsee durch die Belte nach der Ostsee gekommen. Die Makreelen jagen wieder die Heringszüge, um ihren Hunger zu befriedigen. Tatsächlich stehen große Mengen Fische draußen und die Makrelen- und Heringsfänge bessern sich.

100 000 Fremde in Wiesbaden! Unter dem hohen Stande des Dollars ist der Fremdenzustrom nach Wiesbaden so stark, wie noch niemals zur besten Zeit der Hauptsaison. Die Banken wechseln nur noch in beschränktem Umfang Geld ein. In den Geschäften ist der Andrang der Fremden so gewaltig, daß viele nur noch wenige Stunden am Tage öffnen, weil die Läden von Kunden überfüllt sind. Die Fremdenziffer hat 100 000 überschritten.

Im Bau befindliche Handelsschiffe. Am 30. Juni 1922 waren nach dem von „Lloyds Register of Shipping“ (Lloyds Schiffsstatistik) veröffentlichten Bericht in der ganzen Welt ausschließlich Deutschlands insgesamt 966 Handelsschiffe über 100 Brutto-Register-Tonnen mit insgesamt 2 286 480 Tonnen im Bau. Darunter befanden sich 696 Bauten Dampfschiffe mit insgesamt 2 958 885 Tonnen, 103 Motorschiffe mit insgesamt 251 826 Tonnen, außerdem 66 Segelschiffe mit 30 217 Tonnen im Bau. Der Löwenanteil an diesen Schiffbauten fällt auf England, das im zweiten Vierteljahr 1922 nicht weniger als 390 Schiffe mit 1 019 504 Tonnen in Arbeit hatte. An zweiter Stelle marschiert Italien mit 88 Bauten und 285 617 Tonnen Raumgehalt. Frankreich baut 58 Schiffe mit 268 290 Tonnen. Holland 99 mit 226 818 Tonnen, die Vereinigten Staaten 36 Schiffe mit 150 628 Tonnen. Den Reigen beschließt China mit 7 Schiffen von insgesamt 7052 Tonnen Raumgehalt. Im Berichtsvierteljahre waren nach der Schätzung von „Lloyds Register“ etwa 450 000 bis 500 000 Tonne in Deutschland und in Danzig im Bau. 160 000 Tonnen wurden im zweiten Vierteljahr 1922 vom Stapel gelassen.

Ein Vermögen auf einem Brief. Eine hungernde Familie in Rußland schickte dieser Tage an einen Verwandten in London einen Brief, auf dem sich für 400 000 Rubel Marken befanden. Diese Summe, die in der Vorkriegszeit ein Riesenvermögen darstellte, ist heute allerdings in englischer Währung nur wenige Pence wert. Der Brief war nicht nur über und über mit 7500 Rubelmarken beklebt, sondern auch in einem vollständigen Umschlag von diesen Marken gehüllt, der mehrmals um den Brief herumging. Die merkwürdige Tatsache, daß eine hungernde Familie ein Vorkriegsvermögen anwendet, um einen Brief zu schicken, wird aber dadurch tragisch, daß der Inhalt des Schreibens die grenzenlose Not der Leute schildert. Sie sind krank und nicht imstande sich zu ernähren, und sie haben ihr letztes Geld auf die Briefmarken verwendet, um den englischen Verwandten ihr Elend mitzuteilen. Die Blätter fragen, ob überhaupt noch jemand in Rußland reich genug ist, um ein Paket nach London zu schicken. Jedenfalls wird er die Marken dafür wohl vorher bei der Post bestellen müssen und sie sich mit einer Handkarre abholen.

Standesamt vom 16. August 1922.

Todesfälle. Seemaschinenmeister Karl Groß, 69 J. 5 M. — Frühere Gesangslehrerin Ida Kramp, 81 J. 10 Mon. — Invalide Christian Sach, 74 J. 9 Mon. — T. d. Arbeiters Otto Lehrke, 7 Mon. — Buchdrucker Max von Kaminski, 54 J. 7 Mon. — Maurer Ferdinand Nitsch, 61 J. 6 Mon. — Unehelich 1 S.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

(Festgestellt um 12 Uhr mittags.)

Polnische Mark:	13,—	am Vortage	13,20
Amer. Dollar	1000	„ „	1025
Englisches Pfund: cr.	4500	„ „	4450

Wasserstandsnachrichten am 16. August 1922.

	13. 8.	14. 8.	Kurzebrack	+ 1,64	+ 1,60
Zawichost	+ 0,95	+ 0,96	Montauerspitze	+ 1,16	+ 1,11
	13. 8.	14. 8.	Pieckel	+ 1,22	+ 1,16
Warschau	+ 0,98	+ 0,99	Dirschau	+ 1,42	+ 1,36
	13. 8.	14. 8.	Einlage	+ 2,38	+ 2,40
Plock	+ 1,17	+ 1,16	Schiewenhorst	+ 2,58	+ 2,58
	15. 8.	16. 8.	Nogat:		
Thorn	+ 1,16	+ 1,05	Schönau O. P.	+ 6,40	+ ,
Fordon	+ 1,16	+ 1,07	Galgenberg O. P.	+ 4,62	+ ,
Culm	+ 1,11	+ 1,04	Neuhorsterbusch	+ 2,00	+ 2,02
Graudenz	+ 1,30	+ 1,25	Anwachs	+ ,	+ ,

Volkswirtschaftliches.

Polens Handel mit Memel. Die polnische Handelsbilanz „Journal de Pologne" beschäftigt sich mit den nach Abschluß des Handelsvertrages begonnenen Handelsbeziehungen zwischen Polen und Memel und meint, daß diese bereits sehr ausgedehnt seien. In erster Linie käme der Holztransport in Frage, der bereits im Mai trotz großer Schwierigkeiten im Transportwesen begonnen habe. Auch polnische Textilwaren fänden guten Absatz in Memel, ebenso wie die Produkte der östlichen Grenzgebiete. Andere Artikel, für die sich Memel besonders interessiere, wären Zement, Ziegelsteine, Glasprodukte, besonders Flaschen und Fensterscheiben. Betreffs der Preise könnten die polnischen Produzenten auf dem Memeler Markt leicht konkurrieren.

Vor einem Ueberschichtenabkommen im Ruhrbergbau. Am Sonntag fand in Bochum eine Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands statt, die sich eingehend mit der gegenwärtigen Brennstoffversorgungslage Deutschlands und mit ihrer Auswirkung auf die Arbeiterschaft befaßte. Mit großer Mehrheit wurde nachstehende Entschließung angenommen: „Die Vertrauensmännerkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier nimmt Kenntnis von dem gegenwärtigen Stand der heimischen Steinkohlengewinnung und -versorgung. Der durch die Gebietsabtretungen bedingte Verlust von rund einem Drittel der deutschen Steinkohlenförderung gefährdet die gesamte deutsche Industrie auf das Äußerste, lähmt den Verkehr und behindert besonders die Arbeiterschaft daran, sich mit Hausbrandkohle versorgen zu können. Trotz dieser ungeheuren Belastung der deutschen Wirtschaft legt das Spa-Abkommen dem deutschen Volke die Verpflichtung auf, weitere 24 Millionen Tonnen Steinkohle jährlich an die Entente zu liefern. Die Aufrechterhaltung vorstehender Verpflichtung muß, wenn nicht sofort außerordentliche Mittel zur Anwendung ergriffen werden, in aller Kürze zum vollständigen Zusammenbruch der deutschen und damit der europäischen Wirtschaft führen. In Anbetracht dieses Zustandes und in Würdigung der Tatsache, daß der abgeschlossene Manteltarifvertrag den Bergarbeitern einige wichtige Rechte garantiert, und das verabschiedete Arbeitszeitgesetz die Arbeitszeit im Bergbau endgültig regelt, beauftragt die Konferenz den Verbandsvorstand, sofort mit den zuständigen Stellen Verhandlungen einzuleiten, um den aus der Kohlennot drohenden Gefahren zu begegnen." Nach diesem bemerkenswerten Beschluß der Bergarbeiterkonferenz sind die Hindernisse, die einer Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein neues Ueberschichtenabkommen bisher im Wege standen, beseitigt, und es ist anzunehmen, daß es darüber bald zu einer Verständigung kommt.

Ein Getreidemonopol in Norwegen. Während bei uns die Getreidezwangswirtschaft immer mehr und überhastet abgebaut wurde, geht man in Norwegen dazu über, das Getreidemonopol für Auslandsware durch Gesetz zu befestigen. Die norwegische Regierung hat dem Parlament eine Gesetzesvorlage unterbreitet zur Einrichtung eines Getreidemonopols. Nach dem Gesetzesvorschlag soll der Staat das alleinige Recht haben, Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Mehl durch das Monopol einzuführen. Für den inneren Aufkauf ist das Monopol nicht gedacht; es soll nur das Auslandsgetreide durch seine Organisationen leiten. Da Norwegen seit der Kriegszeit ein Getreidemonopol besaß, das aber eine noch nicht endgültige gesetzliche Grundlage erhalten hatte, so geht man mithin dazu über, nunmehr einen definitiven Zustand zu schaffen. Man beabsichtigt damit, wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse der freien Erfassung des privaten Handels zu entziehen. Sicherlich wäre auch bei uns ein Monopol unter Benutzung der Einrichtungen des Wirtschaftsamtes das Zweckmäßigste gewesen.

Wie sie verdienen. Als erste der großen Bergwerksgesellschaften veröffentlichen die Stahlwerke Becker A.-G. in Willich (Rheinland) den Abschluß des letzten Geschäftsjahres. Der Ueberschuß steigerte sich von rund 45 Millionen auf 124 Millionen: er verdreifachte sich also. Ebenso verdreifachten sich die Rücklagen (Reserven) von 22 Millionen auf 70 Millionen. Allein für offene Abschreibungen wurde die unerhörte Summe von 6 Milliarden Mark (bei einem Aktienkapital von nur 100 Millionen!) verwendet. Es sind sämtliche Sachkonten, also Fabrikanlagen, Schachtanlagen, Gleise usw. auf eine ganze Mark abgeschrieben, und der Reservefonds beträgt jetzt dieselbe Höhe wie das Aktienkapital, nämlich 100 Millionen Mark! Hätte man nicht so unerhört abgeschrieben, und auch noch sonstige Manipulationen vorgenommen, so hätte die Dividende ruhig fast 100 v. H. betragen können.

Kleine Nachrichten.

Der Streit um den Friderieus-Rex-Film.

Die Film-Oberprüfstelle in Berlin gibt die Entscheidungsgründe bekannt, die zu einer endgültigen Freigabe des Friderieus-Rex-Films geführt haben, gegen den das hessische Ministerium des Innern das Aufführungsverbot beantragt hatte. Die Filmoberprüfstelle stellt in ihrer Entscheidung fest, daß der Film allein in Berlin über 750 mal aufgeführt wurde und auch im Reiche durch, ohne Ruhestörungen hatte gezeigt werden können. Ob der Film eine monarchische oder antimonarchische Tendenz verfolge, könne dahingestellt bleiben; denn nach dem Gesetz darf die Zulassung eines Films nur dann verboten werden, wenn durch die politische oder Weltanschauungstendenz die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet werde. Das sei bei dem Friderieusfilm nicht der Fall. Einer vorübergehenden Ruhestörung vorzubeugen, sei Aufgabe der Polizeibehörden.

Wir sind der Meinung, daß es genügt, wenn bei der Vorführung dieses Films die Hurraschreier und „Heil dir im Siegerkranz"-Sänger an die frische Luft befördert werden.

Maßnahmen gegen die Cholera. Nach einer Meldung aus Warschau erklärte Dr. Gauthier, daß sämtliche Vorsichtsmaßregeln gegen die Cholera getroffen seien: 1. Schutzimpfungen für alle Reisenden aus dem Osten, 2. 5tägige Quarantäne mit vollständiger Isolierung, 3. Desinfektion der Lokale und Aufsicht über die Reinlichkeit des Trinkwassers, 4. Bereitstellen der Lazarette für Cholerakranke und Choleraverdächtige.

Ein Spritschmugglerschiff in Seenot. Das deutsche Motorschiff „Gleipner" hat auf der Ostsee sehr schweres Wetter gehabt. Durch Sturzseen sind die gesamten Deckaufbauten eingeschlagen und über Bord gespült worden. Der Schaden beläuft sich auf mehrere hunderttausend Mark. Das Schiff ist gut versichert, doch weigert sich die Versicherungsfirma, den Schaden zu tragen, da das Schiff in der Spritschmuggelfahrt verwendet ist.

Der Schmuggel im Erzgebirge. Ueber erhöhte Schmugglertätigkeit an der tschechoslowakischen Grenze wird berichtet: Der hohe Stand der tschechischen Krone reizt zu umfangreichen Warenankäufen in Sachsen an. Es werden täglich Beschlagnahmungen und Verhaftungen vorgenommen. Letzthin wurden mehrere Russen festgenommen, die für 80 000 Mark Waren ausschmuggeln wollten. Auch zwei Damen aus Dresden wurden in Klingenthal eingeliefert, die sich in Dresden neu eingekleidet hatten und Pelze sowie andere Waren über die Grenze schmuggeln wollten.

Ein Wettkampf der Telegraphisten. Der dritte internationale Telegraphistenwettstreit findet in den Tagen vom 18. bis 21. August in Berlin statt. Bisher haben sich Telegraphisten aus 17 Ländern zu diesem Wettstreit angesagt; Engländer, Belgier und Franzosen haben ihre Teilnahme ablehnen zu müssen geglaubt. Um die deutschen Teilnehmer für diesen Wettstreit auszuwählen, fand Anfang Juli ein nationaler Telegraphistenwettstreit statt, an dem sich 765 Beamte an 88 deutschen Telegraphenämtern beteiligten. Am Morseapparat erreichte die Höchstzahl Obertelegraphensekretär Woetky (Schneidemühl), der in 1 Stunde 900 Wörter gab und 898 stündlich aufnahm. Am Hughes-Apparat gelang es dem Telegraphensekretär Kubis (Breslau) mit 1528 Wörtern in der Stunde die Höchstleistung zu erzielen; am Baudot-Apparat wurde der Postinspektor Willing (München) mit 1224 Wörtern in der Stunde als bester befunden, am Siemens-Apparat erreichte die Telegraphengehilfin Frau Bansemer (Breslau) mit stündlich 2780 Wörtern die Höchstzahl, und am Weatstone-Apparat trug Telegraphensekretär Kroe aus Berlin mit 1045 Wörtern den ersten Preis davon. Am Summer, bei der Aufnahme von Funktelegrammen, erwies sich Obertelegraphensekretär Heerdt (Kassel) mit stündlich 998 Wörtern als der beste.

Verantwortlich für Politik Ernst Loops, Danzig; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, Danzig; Inserate Anton Fooken, Danzig. Druck von J. Gehl u. Co., Danzig.

Sozialdemokratische Partei Danzig

Nachruf!

Am Freitag, den 11. d. Mts., verschied nach längerem Leiden unser langjähriger Genosse, der Glasmacher

Otto Lingmann.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten. (7073

13. Bezirk Schellmühl-Lauental.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Steuermahnung.

Die rückständigen Steuern für das II. Vierteljahr (Juli–September) 1922 sind bis zum **19. August d. Js.** an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.

Von diesem Tage ab werden die Steuern kostenpflichtig beigetrieben.

Auf die durch Verordnung vom 28. Februar d. Js. (Gesetzbl. S. 69/72) erfolgte Erhöhung der Gebühren für die Beitreibung von Geldbeträgen im Wege des Verwaltungsverfahrens wird hierbei hingewiesen.

Bei Zusendung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Einziehung unter genauer Bezeichnung des Absenders und des Steuerzeichens so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 19. August d. Js. der Kasse zugeführt ist, widrigenfalls **die Beitreibungskosten** fällig werden und miteinzusenden sind. Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 7 der Verordnung betreffend das Verwaltungszwangsverfahren vom 15. November 1899.

Mahnung des einzelnen Steuerschuldners erfolgt nicht.

Kassenstunden werktäglich von 7½ bis 12 Uhr vormittags.

Danzig, den 10. August 1922. (7071

Städtische Steuerkasse.

Deutscher Guttemplerorden (I. O. G. T.)
7088) **Distrikt 18 (Freistaat).**

Am **Mittwoch, den 16. August 1922, abends 8 Uhr,** hält die Loge „Treu unserm Wort" im Guttempler-Logenhaus An der großen Mühle 14 ihre

erste öffentliche Sitzung

ab. Alle Nichtguttempler, die unserer Bewegung freundlich oder ablehnend gegenüberstehen, sind herzlichst eingeladen. Eintritt frei.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Die Direktion erlaubt sich hiermit, die Bedingungen für Dauerkarten bekannt zu geben.

Preise für ein Fünftel Dauerkarte (zu 50 Vorstellungen) die ganze Spielzeit hindurch für Oper und Schauspiel:

I. Rang, 1. Reihe und Orchestersessel: 3400 M.; I. Rang, 2. und 3. Reihe: 2850 M.; Sperrsitz: 2650 M.; Seitenloge: 1650 M.; Parterre-Loge: 1700 M.; Balkon: 1500 M.; II. Rang, 1. Reihe: 1200 M.; II. Rang, 2 und 3. Reihe: 960 M.

Erfolgt im Laufe der Spielzeit eine Erhöhung der Tagespreise, so tritt auch eine gleiche prozentuale Erhöhung der Dauerkarten ein.

Der Verkauf von Dauerkarten für die bisherigen Inhaber findet ab **Donnerstag, den 17. August, bis einschl. Sonnabend, den 26. August 1922, mittags 1 Uhr,** täglich von 9 bis 1 Uhr vormittags **an der Kasse im Stadttheater** statt. Die nicht abgeholten Plätze werden vom 28. August an anderweitig vergeben. (7072

Zahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.

Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.

Institut für Zahnleidende

Telef. 2821 **Pfefferstadt 71 I** Telef. 2821

Durchgehende Sprechzeit von 8—7 Uhr.

Robert Ehmann

Altstädtischer Graben 3

neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.

Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren

Anfertigung eleg. Herrengarderobe nach Maß

Damen-Kostüme und Mäntel.

Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufgelegenheit zu niedrigen Preisen.

(6079

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Stroh- Panama- Velour- Filz- **Hüte**

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei **sorgfältigster** Ausführung in **kürzester Zeit** 7012

umgepreßt,

gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle nur Lawendelgasse Nr. 6—7.

(gegenüber der Markthalle).

Neu erschienen!

Acht Monate in polnischen Gefängnissen

von

Dr. Richard Wagner.

Preis 15 Mark.

Verlag Volkswacht

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Selbständig arbeitende (7070

Bauschlosser, ferner Lehrlinge

bei 3jähr. Lehrzeit und möglichst hoher Vergütung stellt sofort ein

Richard Siebers, Poggenpfuhl 80/81.

Flotten Laufburschen

stellt ein

die Exped. der Danziger Volksstimme

Am Spendhaus 6.

Anst. jung. Mädchen

zu Kindern und Hilfe im Haushalt sofort gesucht. **Hansmantel 3, 2 rechts.** 7068

Aufwartestelle

für einige Vormittagsst. gesucht. Angebote unter E. 550 an die Exp. der Volksstimme. (†

Junge Frau sucht nachm. Beschäftig.

Kino, Garderobe usw. Angebote unt. V. 564 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Aufwärterin

gesucht. Wo sagt die Exped. der Volksstimme. (†

2 Trauerhüte

neu, zu verkaufen. **Hein,** Petersh. h. d. Kirche 3. (†

Hängematte

stark, zu verkaufen. († **Hohe Seigen 22 pt.**

Damen-Velourhut

(dunkelbraun) preiswert zu verkaufen († **Mattenbuden 8 pt.**

Großer Reisekorb u. kieferner Eßtisch

zu verkauf. **Reichskolonie,** Neptunweg 8, 2 Tr. rechts. (†

Rote (†

Crêpe de Chine-Bluse

billig zu verkaufen Altst. Graben 19/20, 2 Tr. links.

Haushalt-Wage mit Gewicht., Serviertisch

und gut erhaltener

Kinderwagen

zu kauf. gef. Ang. u. 562 a. d. Exp. d. Volksstimme. (†

Gut erhaltenes (†

Reißbrett

(mittl. Größe) z. kaufen gef. Angebote mit Preis erbittet Klein, Langf., Pfefferstr. 51.

Alte Schaft-Stiefel und altes Leder

wird zu hoh. Preis gekauft. **Schulz,** († Kökische Gasse 6, Hof 2 Tr.

Strickmaschine

zu kaufen gesucht. Off. m. Pr. unt. E. 554 an d. Exped. der Volksstimme erb. (†

Hobelbank

u. Tischlerhandwerkzeug, auch einzeln, zu kauf. gef. Ang. mit Pr. unt. **E. 553** an die Expedition d. Volksstimme. (†

Junges Ehepaar sucht

engl. Bettstellen,

Ausziehtisch und Nähmaschine zu kauf. Angeb. unt. V. 558 an die Exped. der Volksstimme. (†

Nähmaschine

zu kaufen gesucht. Angebote unter V. 545 an die Exped. der Volksstimme. (†

Eis. Kinderbettgest. und Nähmaschine

zu kauf. ges. Ang. m. Pr. u. D 543 a. d. Exp. d. Volksst. (†

Tausche

meine 2-Zimmer-Wohnung (Bad, Zubehör) gegen 2-Zimm.-Wohn. mit Laden. Angeb. unter D 560 a. d. Exped. d. Volksstimme. (†

Eine große (†

2 Zimmer-Wohnung

gegen eine kl. Wohnung, Stube u. Kabinett z. tausch. gesucht. **Modest, Bastion Wolf 4 b, 1 Treppe.**

Freundliche

2 Zimm.-Wohnung

pt., mit all. Zub. Petersh. gel., gegen gl. oder größ. Wohn., 1—3 Tr. in Danz. zu tausch. ges. Angebote unter E. 549 an die Expedition d. Volksstimme. (†

Junges Ehepaar

sucht 2- oder 3-Zimmer-Wohnung mit Küchenant. auch möbl. Angeb. mit Preis unt. E. 556 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Gewerkschaftsbeamter

sucht möbl. Zimmer

bei Parteigenossen. Angeb. unter V. 563 an die Exped. der Volksstimme. (†

Stillgelegenes (†

möbl. oder unmöbliertes

Zimmer

gesucht. **Horst Borenz,** Danzig, Schäferei 19.

Wer fertigt

Strickjacken

auf der Maschine an? Angeb. m. Preis unt. V. 532 a. d. Exp. d. Volksstimme. (†

Schuhmacher

sucht Heimarbeit. Angeb. unter E. 551 an die Exp. der Volksstimme. (†

Wer macht Schirm-Reparatur?

Angeb. unter E. 800 a. d. Exp. der Volksstimme. (†